vhw Forschung

> Zu den Projekten der vhw-Forschung

Lokale Demokratie

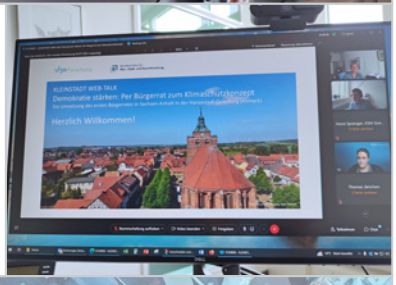
Demokratische Deliberation – Partizipative kommunale Praxis – Kommunikation und Stadtentwicklung – Akteurs- und Governanceforschung, Intermediäre

Urbaner Wandel & gesellschaftl. Zusammenhalt

Quartier und Nachbarschaft – Soziale und nachhaltige Stadtentwicklung – Migration und Integration – Soziale Milieus

Wohnen in der Stadtentwicklung

Wohnungspolitik und Instrumente – Akteure, Markt und Handlungsweisen – Objekt-, Quartiers- und Siedlungstypen



2 Forschung in einer Zeit von Krisen und Umbrüchen

Das vergangene Berichtsjahr 2023/2024 war einmal mehr geprägt durch ein schwieriges globales Umfeld: Zwar ist die Corona-Pandemie nun weitgehend überwunden, aber der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der eskalierende Nahostkonflikt, der zunehmende geopolitische Einfluss von autoritär geprägten Regimen, das Erstarken rechter Parteien oder die vielerorts polarisierten und unversöhnlich geführten gesellschaftlichen Debatten geben auch hierzulande Anlass zur Sorge. Flankiert wird dies durch viele Faktoren wie die ökonomische Gesamtsituation, die Fluchtmigration, den sozio-demographischen Wandel, technologische Entwicklungen oder ökologische Parameter (Stichwort: Klimawandel). Sichtbar, spürbar und erlebbar wird dies ganz besonders auf der lokalen Ebene – beispielsweise beim Arbeitskräftemangel in vielen Sektoren vom Gesundheits- bis zum Bildungswesen, bei Fragen der (doppelten oder dreifachen) Innenentwicklung, in den sich wandelnden Innenstädten, bei der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften oder bei der kommunalen Wärmeplanung. Hier, im kommunalen Bereich, finden auch die Aushandlungsprozesse statt und hier, in den Städten und Quartieren, wird nach adäquaten Lösungen für die durchweg komplexen Herausforderungen gesucht und um tragfähige Kompromisse gerungen.

Wissenschaft und Forschung erhalten in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung und Verantwortung, der sich auch die vhw Forschung stellt. Um die eigene Arbeitsweise angesichts des dynamischen und schwierigen Umfelds zu reflektieren, wurde im Berichtszeitraum für den vhw-Forschungsbereich ein Referenzrahmen entwickelt, der sich am Ansatz der „Großen Transformation" orientiert und diesen Diskurs auf der Metaebene für vhw und vhw-Forschungsbelange anschlussfähig macht. Die Version 1.0 des Referenzrahmens „Transformation | Nachhaltigkeit | Kommune" („Kompass") wurde im Frühjahr 2024 als erstes zusammenfassendes Papier vorgelegt, das nun dialogisch weiterentwickelt wird. Der Referenzrahmen versteht die Große Transformation als einen nichtlinearen, dynamischen gesellschaftlichen Wandel, der eine nachhaltige Entwicklung zum Ziel hat und zahlreiche Subprozesse und unterschiedliche Tempi mit sich bringt. Transformation wird als kontinuierlicher Prozess verstanden, der in diesem komplexen Setting insbesondere vor Ort in den Kommunen in vielen kleineren und größeren Schritten vorangetrieben wird.

Genau an diesem Punkt setzen die drei Forschungscluster der vhw Forschung an, die zahlreiche Handlungsfelder in der skizzierten kommunalen Gemengelage bearbeiten: Das Cluster „Lokale Demokratie" adressiert Kommunen als Orte kontinuierlicher demokratischer Aushandlungsprozesse – die conditio sine qua non (unabdingbare Voraussetzung) für eine gelingende Transformation. Viele Projekte des Berichtsjahrs lassen sich in diesem Kontext verorten, wie z. B. Projekte zur Bürgerbeteiligung, zur lokalen Kommunikation, zur Governance von Kleinstädten oder im Zusammenhang mit zivilgesellschaftlichen Initiativen oder zur Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Analog dazu bearbeitet das Cluster „Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt" Themen der integrierten, sozialen Stadt- und Quartiersentwicklung, um im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit in städtischen Räumen Kohäsion und Teilhabe zu fördern und benachteiligende Strukturen und Lebensbedingungen abzubauen. Das Cluster lotet neue Stadtkonzepte und Governance-Ansätze für eine integrierte Stadtentwicklung aus und untersucht, wie in Zeiten von Krisen und Umbrüchen eine resiliente Stadtentwicklung gelingen kann. Sozialer Frieden, aber auch eine agile Verwaltung sowie ein funktionierender planerischer Rechtsrahmen gehören zu den wesentlichen Voraussetzungen für eine funktionierende Transformation. Das Cluster „Wohnen in der Stadtent-

wicklung“ fokussiert sich auf die Transformation des Wohnens als Querschnittsaufgabe. Dazu gehören die ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit im Bau- und Wohnungssektor (z. B. im Sinne einer Circular Economy) sowie eine sozial ausgewogene Wohnraumversorgung, ohne die eine erfolgreiche Transformation nicht denkbar ist. Weitere Zukunftsthemen umfassen transformative Wohnformen sowie sozial-ökologische Wohnkulturen und Wohnqualitäten. Mit dem Projekt „WohnWissen“ wurden explizit Formate entwickelt, um verschiedenste Positionen zur Wohnungsfrage zusammenzubringen und damit die Debatte anzuregen und fruchtbar zu machen.

Charakteristisch für die vhw Forschung ist es, dass konzeptionelles Arbeiten systematisch mit Praxisbelangen verknüpft und die kommunale Praxis gestärkt wird. Die vhw Forschung will auf diese Art und Weise Brücken zwischen Wissenschaft und Praxis (vice versa) bauen und einen kontinuierlichen Wissenstransfer gewährleisten, der wiederum für transformative Prozesse zentral ist. Aufgrund dieser Ausrichtung wird die vhw Forschung immer wieder auch als Partnerin mit Praxiskompetenz in akademisch geprägten Kontexten oder umgekehrt als konzeptionelle Inputgeberin in der kommunalen Praxis angefragt.

Als fortgesetzte Entwicklung der letzten Jahre hat die vhw Forschung im Berichtszeitraum weiter an Reputation gewonnen. Das lässt sich ablesen an der zunehmenden Vernetzung im wissenschaftlichen und im kommunalen Bereich, an der wachsenden Zahl fachlicher Anfragen (z. B. zu Vorträgen und Keynotes, zur Mitwirkung in Gremien, AGs oder Forschungsprojekten) sowie von Presseanfragen (z. B. Interviews, Podcasts). Dies deutet auf die Qualitäten des Forschungs-Outputs und gleichermaßen auf die Wirksamkeit der seit einigen Jahren strategisch und mit längerfristigen Zielen arbeitenden vhw-Wissenschaftskommunikation hin.

Ein erfreulicher Effekt der stetigen Weiterentwicklung des vhw als Institution ist es, dass sich mit dem vhw-Fortbildungsbereich sowie mit dem neuen vhw-Bereich „Forum und Öffentlichkeitsarbeit“ mehr und mehr ein fruchtbarer Austausch etabliert und damit die breite Expertise der verschiedenen Bereiche kollektiv noch besser genutzt und in Wert gesetzt werden kann.

2.1 Cluster „Lokale Demokratie“

Das Forschungscluster (Screenshot Landingpage Forschung auf der vhw-Website) hat auch in diesem Berichtsjahr lokalpolitische Strukturen, Prozesse und Akteure beleuchtet, die im wechselseitigen Zusammenwirken die Demokratie auf kommunaler Ebene verkörpern. Vor dem Hintergrund des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels, der Zunahme multipler Krisen und wachsender sozial-ökologischer Herausforderungen gewinnt die Forschung zu lokaler Demokratie weiter an Relevanz. Sie bietet nicht nur Einblicke in die Dynamiken vor Ort, sondern entwickelt auch Lösungsansätze, um die demokratischen Prozesse und Strukturen der Kommunen zu stärken und an die neuen Herausforderungen anzupassen.

Insbesondere der partizipativen und kooperativen nachhaltigen kommunalen Praxis kommt hierbei eine große Bedeutung zu. Dieses Feld gehörte auch im ver-

gangenen Jahr zu den Kontinuitäten des Forschungsprogramms. So konnten die Projekte „Erfahrungen mit formeller Bürgerbeteiligung nach Baugesetzbuch", „Infrastrukturen der Beteiligung" sowie ein Modellprojekt zur Beteiligungspraxis in Kleinstädten erfolgreich abgeschlossen werden. In der Verbandszeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung" ist ein Schwerpunktheft zum Thema „Kooperative Stadtentwicklung" erschienen. Die Stadtmachen Akademie hat zudem den zweiten Jahrgang erfolgreich beendet; die Akademie gehört weiterhin zu den Stützen des Clusters im Bereich der Akteursforschung und wird Stadtmacherinnen und Stadtmacher als relevante und wirksame zivilgesellschaftliche Akteure einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung auch zukünftig stärken.

Das Kernthema Beteiligung und Teilhabe im Cluster konnte zudem im Hinblick auf sozialräumliche Konfliktthemen wie Migration und Flucht erweitert und gestärkt werden. So wurde ein Projekt zu dem kontroversen Thema der beschleunigten Bauplanung von Flüchtlingsunterkünften gestartet, welches die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in vier kommunalen Kontexten erforscht. Begleitend wurde eine vhw werkSTADT zur dialogischen Bürgerbeteiligung rund um Flüchtlingsunterkünfte veröffentlicht; der Text ist auch in der Online-Fachzeitschrift „PND-Planung neu denken" erschienen. Eine Grundlage hierfür bildete die praxisorientierte Arbeit an und mit dem Querschnittsthema der Beteiligung sozialer Milieus in einer zunehmend diversen Stadtgesellschaft. Im Berichtsjahr wurde der Leitfaden Milieuwissen für die Stadtplanung aktualisiert und die „vhw-Sinus-Trendstudie 2022" (erschienen 2023 in der vhw-Schriftenreihe Nr. 44, Screenshot Cover) für das Cluster ausgewertet; wichtige Erkenntnisse sind in einer vhw werkSTADT veröffentlicht. Zudem wurden Milieu-Rollenspiele für die Berliner Senatsverwaltung durchgeführt und damit die erfolgreiche Städtearbeit fortgesetzt, wie auch die „Netzwerkanalyse zur Innenstadtentwicklung in Hamburg" und der „Bildungsdialog in der Neuen Vahr" in Bremen zeigen.

Weitere wichtige Schwerpunktthemen im Cluster bildeten die Digitalisierung und eine sich wandelnde Medien- und Kommunikationslandschaft, denn der öffentliche Austausch zwischen Lokalpolitik, Verwaltung und Stadtgesellschaft stellt eine zentrale Voraussetzung für Meinungs- und Willensbildung, Entscheidungsprozesse und eine funktionierende lokale Demokratie dar. Daher wurden in einem Projekt digitale Teilhabe-Plattformen deutscher Kommunen

untersucht, aber auch Kommunikationsinfrastrukturen verschiedener Städte sowie ein „Digitaler Monitor" (Screenshot Nachricht Forschung auf der vhw-Website) für Stadtverwaltungen entwickelt, damit diese die lokale Öffentlichkeit anhand eines Dashboards leichter beobachten können. Weiterhin fortgesetzt wird das mit Mitteln der Bundesregierung und der EU geförderte Projekt „Smarte Systemarchitektur für kommunales E-Government" (dtec.bw).

Wichtige Querbezüge ließen sich im letzten Berichtsjahr auch zu den anderen Forschungsclustern herstellen. Insbesondere das laufende Projekt „Zukunftsfähige Quartierszentren" knüpft an Forschungsarbeiten des Clusters „Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt" im Bereich der Quartiersentwicklung und „Dritte Orte" an. Die Fachtagung „Resilienz und Zukunft von (Groß-)Wohnsiedlungen" wurde zudem in

enger Zusammenarbeit mit dem Cluster „Wohnen in der Stadtentwicklung“ mit großer Resonanz durchgeführt.

Die wachsende Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien und nachlassendes Vertrauen in das etablierte Parteienspektrum zeigen, auch mit Blick auf die letzten Kommunalwahlen, dass die Demokratie durch sozial-ökologische Transformationserfordernisse und damit einhergehende gesellschaftliche Konflikte zunehmend herausgefordert wird. Das Cluster hat diese Entwicklungen weiter reflektiert und neue Projekt-Akquisen angestoßen.

2.1.1 Kleinstadtakademie und Kleinstadt-Web-Talks

Im Berichtszeitraum ging beim vhw das Modellvorhaben „Lokale Demokratie gestalten – Beteiligungspraxis zur Stadtentwicklung in Kleinstädten“ zu Ende. Das Modellvorhaben wurde im Rahmen des Forschungsprogramms ExWoSt-Pilotphase Kleinstadtakademie umgesetzt und durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) gefördert. Im Juli 2024 wird nun der Abschlussbericht zum Projekt vorliegen. Im Modellvorhaben arbeiteten seit 2021 die fünf Kleinstädte Eilenburg, Bad Berleburg, Großräschen, Hansestadt Osterburg (Altmark) und Wurzen daran, Prozesse der Bürgerbeteiligung zu verbessern. Der vhw hat die Kommunen wissenschaftlich begleitet (Screenshot Nachricht Forschung auf der vhw-Website).

Im Modellvorhaben wurde untersucht, welche kleinstadtspezifischen Rahmenbedingungen sich auf die Umsetzung von Beteiligungsprozessen auswirken und wie Mechanismen und Instrumente zur Stärkung der lokalen Demokratie gefördert werden können. Die Städte erprobten konkrete Beteiligungsformate und suchten nach Möglichkeiten, einen kontinuierlichen, wechselseitigen und niedrigschwelligen Dialog zwischen Stadt und Bevölkerung zu stärken. Das Projekt hatte dabei drei Schwerpunkte: Erstens, die Durchführung neuer Beteiligungsformate, zweitens, das Handlungsfeld der Jugendbeteiligung und drittens, die Verbesserung der Einbindung der Ortsteile. Die Arbeitsfelder der fünf Kommunen stellten sich wie folgt dar:

Eilenburg (Sachsen) entwickelte ein neues Leitbild. Hierfür erhob die Stadt in einem mehrstufigen Verfahren Bedarfe der Bevölkerung zur Stadtentwicklung und diskutierte diese in verschiedenen Werkstatt-Formaten mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung. In ergänzenden Formaten stand die Perspektive von Jugendlichen im Mittelpunkt.

Wurzen (Sachsen) baute zum Thema Jugendbeteiligung ein interkommunales Jugendparlament auf. Außerdem wurde in Wurzen das Thema der Ortsteileinbindung empirisch untersucht: Über eine Befragung der Ortsteilvertretungen wurde erforscht, wie leistungs- und zukunftsfähig die ehrenamtlichen Vertretungsstrukturen der Ortsteile sind und wie die Zusammenarbeit zwischen Ortsteilen und Kommunalverwaltung verbessert werden kann.

In der Hansestadt Osterburg (Altmark, Sachsen-Anhalt) wurden junge Menschen in Fokusgruppendiskussionen zu ihrer Zufriedenheit mit der Stadtentwicklung sowie zu ihren Beteiligungsbedarfen befragt. Aufbauend auf den Befragungsergebnissen wurde eine Strategie erarbeitet, wie Kinder- und Jugendbeteiligung verbindlich in der Kommune veran-

Foto: Osterburg Innenstadt
Quelle: Thomas Kuder

kert werden kann. Außerdem führte Osterburg erstmalig in Sachsen-Anhalt einen Bürgerrat durch.

In Großräschen (Brandenburg) wurde ebenfalls eine Befragung von Jugendlichen durchgeführt. Anschließend initiierte die Stadt eine Workshop-Reihe, in der mit verschiedenen Akteuren der Jugendarbeit sowie mit jungen Menschen über strukturelle Stärkungspotenziale von Jugendbeteiligung diskutiert wurde.

In Bad Berleburg (Nordrhein-Westfalen) fand ebenfalls eine Befragung von Ortsteilvertretungen statt, um Verbesserungspotenziale der Ortsteileinbindung in kommunale Entwicklungsprozesse zu ergründen. Weiterhin führte die Stadt einen Bürgerrat mit Kindern und Jugendlichen durch.

Trotz der unterschiedlichen Themen und Vorgehensweisen konnten vergleichbare Rahmenbedingungen und ähnliche Herausforderungen identifiziert werden: Für Kleinstädte ist es oftmals schwierig, innovative Beteiligungsprozesse zu etablieren. In Verwaltungen bleibt für das Erproben neuer Verfahren durch stark ausgelastete sowie personell und finanziell begrenzte Ressourcen oft nur wenig Spielraum. Daher wird externe Unterstützung benötigt, die den Kommunen bei der Reflexion eigener Routinen, der Konzeption und Durchführung von Formaten und der strategischen Ausrichtung von Prozessen zur Seite steht. Auch kann die Stärkung der Zusammenarbeit mit Vereinen, (Jugend-)Sozialarbeitenden, Ortsteilvertretungen und anderen lokalen Akteurinnen und Akteuren den Verwaltungen einen besseren kommunikativen Zugang zur Bevölkerung ermöglichen. Zudem wurde deutlich, dass auf Ebene der Bundesländer Rahmenbedingungen verändert werden sollten, um Kleinstädten die Durchführung und Stärkung von Bürgerbeteiligung zu erleichtern.

Im Rahmen der Pilotphase hat sich gezeigt, dass zwischen kleinen Kommunen ein erhöhter Bedarf an Wissens- und Erfahrungsaustausch besteht. Denn allzu oft können Themen jenseits des kommunalen Alltags und der zu bewältigenden Pflichtaufgaben nicht in dem Maße bearbeitet werden, wie es für die Weiterentwicklung der Kommunen hilfreich wäre. Aus diesem Grund und um den Wissenstransfer zwischen Kleinstädten zu stärken, haben vhw und BBSR im Mai diesen Jahres die Veranstaltungsreihe „Kleinstadt Web-Talks" ins Leben gerufen. In den einstündigen Web-Talks stehen die Erfahrungen von Praktikerinnen und Praktikern aus Kleinstädten und die Bedarfe der Kommunen im Mittelpunkt. Ziel ist ein Wissenstransfer, der auf die besonderen Rahmenbedingungen von Kleinstädten einzahlt und einen Fokus auf Übertragbarkeit von Ideen und Lösungen setzt. Dieses neue und innovative Veranstaltungsformat „Kleinstadt Web-Talks" zielt darauf ab, den Austausch zwischen Kommunalverwaltungen, Verbänden, Vereinen, Stiftungen und Initiativen in den mehr als 2.100 Kleinstädten in Deutschland zu stärken.

2.1.2 Stadtmachen Akademie 2023/2024

Im Berichtszeitraum konnte der Jahrgang 2023 der Stadtmachen Akademie erfolgreich abgeschlossen werden. Von März bis Oktober 2023 haben 13 zivilgesellschaftliche Stadtmachen-Initiativen aus ganz Deutschland teilgenommen, die sich für die gemeinwohlorientierte Entwicklung von Immobilien und öffentlichen Räumen einsetzen und gemeinsam mit dem Team der Akademie an der Vision des Projekts mitgewirkt haben: das Stadtmachen als Zukunftsimpuls der Stadtentwicklung zu stärken, Wissen weiterzugeben, Inspirationen zu sammeln und kreative Spuren zu hinterlassen.

Foto: Der Jahrgang 2023 der Stadtmachen Akademie Quelle: vhw

Jede der teilnehmenden Initiativen wurde von einem Coach begleitet, von dem sie dabei unterstützt wurden, in ihrem Vorhaben einen entscheidenden Schritt voranzukommen. Die jeweiligen Ziele der teilnehmenden Initiativen waren dabei sehr vielfältig, auch wenn das Spektrum ihrer jeweiligen Engagements viele gemeinsame Schnittstellen hatte. So ging es teilweise sehr fachlich um die kooperative Ausgestaltung bestimmter Entwicklungsphasen von Immobilienprojekten, an anderer Stelle standen die Weiterentwicklung des eigenen Geschäftsmodells, der Wechsel in Verantwortlichkeiten bei der Selbstorganisation der Initiative oder die Entwicklung eines Prototypens im Vordergrund.

Das Besondere am Jahrgang 2023 war die intensive und kollegiale Zusammenarbeit der Initiativen untereinander und im kontinuierlichen Austausch mit dem Team der Stadtmachen Akademie. Neben dem Kern-Team um Laura Koch, Sebastian Beck und Frank Wohlert (alle vhw) spielten die Coaches dabei eine zentrale Rolle: Friederike Günther und Juliane Döschner vom Plattform e.V. (Erfurt), Andreas Krüger von belius (Berlin) und Konrad Braun von der Zusammenkunft eG (Berlin). Im Rahmen der Sommer-Tour der Akademie wurden dabei zudem nahezu alle Projekte persönlich vor Ort besucht.

Die inhaltlichen Schwerpunkte für 2023 lagen auf zwei Veranstaltungen. Im September 2023 fand im Eiermann-Bau in Apolda das Camp der Akademie statt, bei dem es darum ging, gemeinsam mit dem Team der Akademie an den selbstgesteckten Zielen der teilnehmenden Initiativen zu arbeiten und das Symposium der Akademie im Oktober 2023 vorzubereiten. Eine große Herausforderung bestand hierbei darin, eine gemeinsam gestaltete Ausstellung zu organisieren. Dabei entstand eine sehr rege Zusammenarbeit mit dem Cluster „Wohnen in der Stadtentwicklung“ der vhw Forschung und dem WohnWissen-Projekt, das auf dem Camp in Apolda eine MockUp-Ausstellung zum WohnWissen entstehen ließ – die wiederum einen wichtigen Impuls für die Ausstellung der Akademie auf dem Symposium bot.

Foto: Symposium der Stadtmachen Akademie, Berlin, Oktober 2023 Quelle: vhw

Das Symposium fand im Oktober 2023 auf dem Dragoner Areal in Berlin statt und bot im Rahmen eines öffentlichen Events die Gelegenheit, miteinander über das Stadtmachen zu diskutieren: mit den Initiativen des Akademie-Jahrgangs 2023, mit Expertinnen und Experten, vor allem aber auch mit Interessierten. Unser Ziel war es, miteinander auszuloten, welche Impulse das Stadtmachen für eine nachhaltige und

zukunftsorientierte Stadtentwicklung bieten kann. Danke an dieser Stelle an unsere engagierten Initiativen, die am Jahrgang 2023 teilgenommen haben, um zum Finale auf dem Symposium mit einer selbst organsierten Ausstellung ihr Wirken in der Adlerhalle des Dragoner Areals in Berlin Kreuzberg zum Leben zu erwecken. Außerdem gebührt den Diskussions-Gästen Michael Ziel (Hidden Institut), Nina Peters und Kristin Lazarova (@urbanepraxisberlin) sowie Antje Bruno (@immovielien) unser Dank.

2.1.3 Digitalisierung Monitor lokale Öffentlichkeit

Der öffentliche Austausch stellt eine zentrale Voraussetzung für Beteiligung und eine lebendige lokale Demokratie dar. Mit Blick auf die Herausforderungen des Klimawandels und die Nachhaltigkeit von Städten sollte Kommunikation und Stadtentwicklung zusammengedacht werden. Wie können Städte ihre Bürgerinnen und Bürger erreichen? Und wie können möglichst alle sozialen Gruppen inkludiert und repräsentiert werden? Diese Fragen werden für viele Kommunen immer relevanter, denn öffentliche Kommunikation auf lokaler Ebene ist zunehmend komplex und anspruchsvoll geworden, die Kommunikationskanäle differenzieren sich aus. Dies erschwert es politischen Akteuren und Institutionen, die diverse lokale Gesellschaft zu erreichen.

Wer sich für die Frage interessiert, wie die lokale Öffentlichkeit in seiner Stadt funktioniert, findet an verschiedenen Stellen dazu Informationen: wie war die Beteiligung an Wahlen, welche Medien berichten über die Stadt und welche Bürgerinitiativen engagieren sich vor Ort, wie zugänglich ist die städtische Website u. v. m. Doch eine Antwort, wie es um den Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Bewohnerschaft insgesamt bestellt ist, liefern die einzelnen Daten nicht. Dafür ist eine Zusammenschau aller Informationen unter verschiedenen Aspekten notwendig. Doch das kann eine Stadt oder Gemeinde häufig nicht leisten.

Der Monitor lokale Öffentlichkeit, den der vhw zur Verfügung stellt, knüpft an umfangreiche Vorarbeiten der vhw Forschung in Kooperation mit der Freien Universität Berlin und der Universität Zürich an und entwickelt diese zu einem leicht handhabbaren digitalen Instrument weiter. Dieses bringt auf einfache Weise alle öffentlich zugänglichen Daten zusammen und wertet diese anhand von vier zentralen Dimensionen von Öffentlichkeit aus: Vielfalt, Information, Beteiligung und Inklusion. Der digitale Monitor richtet sich insbesondere an verantwortliche Mitarbeitende der Stadtverwaltung und der lokalen Politik. Er eignet sich jedoch auch für den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie mit Bürgerinnen und Bürgern.

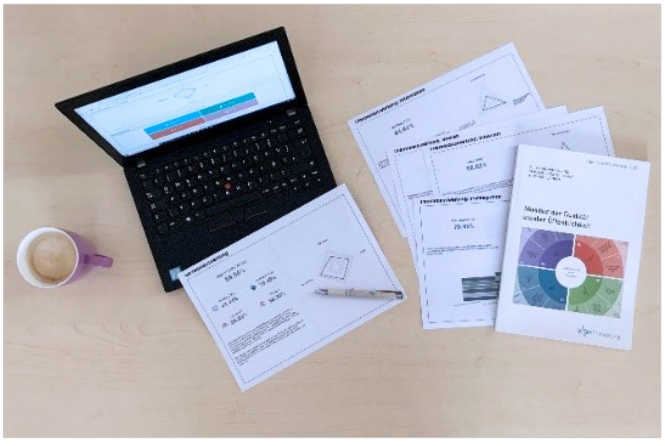


Foto: Digitaler Monitor und vhw-Publikation Quelle: vhw

Das Dashboard stellt anschauliche Darstellungen über Stärken und Herausforderungen des öffentlichen Austauschs bereit und gibt Auskunft darüber, wie sich dieser über die Jahre entwickelt. Die Auswertungen können einzeln abgerufen oder als PDF-Bericht zusammengestellt werden. Der digitale Monitor ermöglicht damit auch, Verwaltungshandeln für Stadtrat und Stadtgesellschaft transparent zu

machen und schafft eine Grundlage für die Bewertung bestimmter Herausforderungen und Erfolge in Städten. Daraus lassen sich Handlungsmöglichkeiten, wirksame Maßnahmen und zielführende Strategien für die Kommune ableiten.

Der Prototyp des digitalen Monitors wurde in Kooperation und im Praxistest mit einer Pilotkommune im ersten Quartal 2024 durch das beauftragte IT-Unternehmen effect data solutions GmbH (Projektleitung Jan Kamb) fertiggestellt und kann interessierten Städten und Gemeinden zukünftig kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt oder die Gemeinde kann den Monitor selbständig und mit wenig Aufwand nutzen. Zudem bietet der vhw eine kostenfreie Beratung für die Interpretation der Ergebnisse an. Gleichzeitig laden wir die Städte ein, die eigenen frei zugänglichen Daten für die weitere vhw Forschung zur lokalen Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Hierbei sollen weiterführende, praxisnahe Informationen für die Kommunen erstellt werden.

2.1.4 Gebündelte Kraft? Digitale Teilhabe-Plattformen deutscher Kommunen – Anspruch, Inhalte, Kontexte, Erfahrungen

Zu den heute aktuellen Innovationen in Sachen Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement gehören insbesondere die digitalen Teilhabe-Plattformen, die bereits in zahlreichen Städten entstanden sind bzw. weiterentwickelt werden.

Sie bündeln auf der inhaltlichen Seite Informationen zu gesellschaftlichen Engagement- und Teilhabemöglichkeiten, enthalten frühzeitig bereit gestellte Vorhabenlisten der Verwaltung sowie Ideen- und Mängelmeldemöglichkeiten, Partizipationsangebote, Förderinformationen und vieles andere mehr. Die Teilhabe-Plattformen sind einerseits Ausdruck der Bemühungen zur Förderung der lokalen Beteiligungskultur und andererseits Ausdruck der zunehmenden Digitalisierung kommunaler Angebote.

Organisatorisch-administrativ kommt ihnen die Aufgabe zu, komplexe Querschnitts- bzw. Stabsfunktionen wahrzunehmen und transparent zu machen, die verschiedenen Formate der Teilhabe in die politischen Entscheidungsprozesse einzubetten sowie über die Arbeit von Beiräten und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zu berichten. Zudem stehen sie für die Gestaltung von On- und Offline-Schnittstellen zur Stadtgesellschaft.

Ziel des Gutachtens, das von Prof. Klaus Selle und seinem Büro „netzwerkstadt“ bearbeitet wird, ist es, einen Überblick über den aktuellen Entwicklungsstand bei den kommunalen Teilhabe-Plattformen in Deutschland herzustellen, anhand ausgewählter Fallbeispiele deren Struktur und Inhalte in der Tiefe zu beschreiben und unter Berücksichtigung substanzieller und methodischer Aspekte die Teilhabemöglichkeiten kritisch zu reflektieren. Des Weiteren sollen die Funktion und Nutzung der Plattformen auch im Lichte verschiedener Perspektiven ebenso wie die strukturellen und personellen Rahmenbedingungen erörtert werden, unter denen die Entwicklungsarbeiten der Plattformen erfolgen.

Die Fertigstellung des Gutachtens und die nachfolgende Publikation der Ergebnisse sind für das vierte Quartal 2024 vorgesehen.

2.1.5 Wissenschaftliche Begleitung von Projekten und Akteuren der Bürgerbeteiligung zur Quartiers- und Stadtentwicklung

Die anwendungsorientierte Kooperation mit Städten in den Themenfeldern einer inklusiven, milieuorientierten Bürgerbeteiligung sowie der wissensbasierten Koproduktion in der Stadt- und Quartiersentwicklung

konnte im Berichtsjahr 2023/2024 erfolgreich fortgesetzt werden.

Netzwerkanalyse II Hamburg

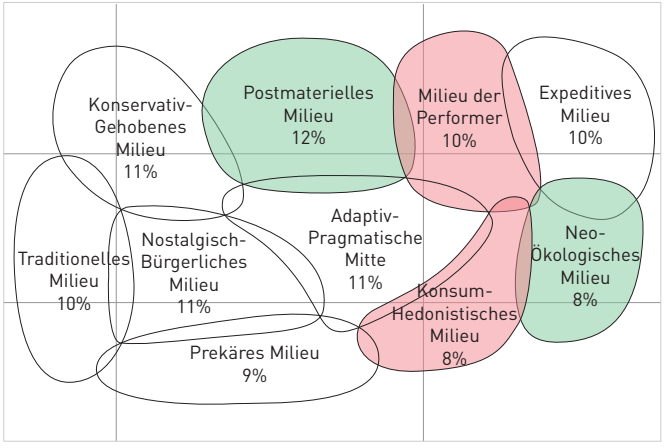
Netzwerkanalysen gelten als strategisches Rüstzeug, mit dem die wachsende Vielfalt von Institutionen und Organisationen in der Stadtentwicklung nachvollzogen werden kann, um Stärken und Schwächen in der Zusammenarbeit zu erkennen und ggf. zu verbessern.

Im Auftrag der Innenstadtkoordinatorin sowie der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen der Freien und Hansestadt Hamburg wurde der vhw – Bundesverband 2022 beauftragt, im Rahmen des Bundesförderprojekts „Verborgene Potenziale" für die Hamburger Innenstadt eine Netzwerkanalyse zu den Akteuren der Innenstadtentwicklung durchzuführen.

Nachdem eine erste Analyse 2023 anhand ausgewählter Experteninterviews in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft aufzeigen konnte, dass insbesondere die Bereiche Kunst, Kultur und Soziale Infrastruktur noch wenig erschlossen wurden, bestand der Wunsch der Auftraggebenden, eine zweite – digitale – Netzwerkanalyse durchzuführen, mit der diese erweiterten Themenfelder und deren Akteure aufgezeigt und eingebunden werden können. Die Ergebnisse der zweiten Netzwerkanalyse werden für den Spätsommer 2024 erwartet.

Milieuworkshops

Neue Wege hat der vhw bei den mehrfach nachgefragten Milieuworkshops bestritten, die zukünftig auch als „Indoor-Seminare" in der vhw Fortbildung angeboten werden sollen. Im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen des Landes Berlin hat der vhw – erstmals in enger Kooperation mit Q| Agentur für Forschung – einen eintägigen Milieuworkshop für alle 23 Teams im Berliner Integrationsmanagement-Programm „BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften" durchgeführt. Nach einer fachlichen Einführung in die neuen Sinus-Milieus 2022 (Bild © Sinus.vhw) wurden die verschiedenen Lebens-



welten der Gesellschaft in einem Rollenspiel einer Bürgerversammlung zu einem großen Bauprojekt erlebbar und im Nachgang durch ausführliche Gesprächsanalysen nachvollziehbar gemacht. Im Anschluss daran wurden von den Teilnehmenden ausgewählte Zielgruppen ins Auge gefasst und strategische Zugänge für die Kommunikation mit diesen Gruppen erarbeitet.

In einem nachfolgenden zweiten Workshop des vhw wurden die Inhalte und Erfahrungen des ersten Milieuworkshops für die BENN-Teams nochmals aufgefrischt, bevor aus der Perspektive der verschiedenen

Lebenswelten spezifische Einblicke in die Themen der demokratischen Teilhabe, des Wohnens und der Stadtentwicklung vermittelt, durch Übungen vertieft und abschließend in einer Diskussion kritisch reflektiert wurden (Screenshot Cover begleitende werkSTADT zu milieuspezifischen Einstellungen).

Mit Blick auf den Transfer der Milieuperspektive zu der praktischen Arbeit der Beteiligungsakteure vor Ort entstand im April 2024 erstmals eine koproduktive Workshop-Variante, bei der das lokale Wissen über die eigenen Zielgruppen mit dem Know-how des Milieuansatzes gespiegelt wird. So kann das lokale Wissen über gelingende Zielgruppenansprachen in den Milieus geteilt werden, was die Implementierung des Milieuansatzes um die Ebene des kollegialen Austauschs ergänzt. Diese Herangehensweise ließe sich über das hier eingesetzte Instrument einer Milieu-Zielgruppen-Matrix in Zukunft auch als Evaluationsansatz zur milieubasierten Zielgruppenansprache bei der Beteiligung in der Stadt- und Quartiersentwicklung weiterentwickeln.

2.1.6 Bildungsdialog in der Neuen Vahr Bremen

Gemeinsam mit der Bremer Wohnungsbaugesellschaft Gewoba, dem Quartiersmanagement in der Bremer Vahr und lokalen Stakeholdern aus dem Bildungsbereich begleitet der vhw seit 2022 mit dem Forschungsprojekt „Bildungsdialog in Bremer-Vahr“ die Etablierung und Verstetigung eines Bildungsnetzwerks im Stadtteil Vahr.

Im Ergebnis hat sich über drei erfolgreiche Quartierswerkstätten herausgestellt, dass ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der lokalen Bildungssituation in der Bremer Vahr darin liegt, die vielen Engagierten aus dem formalen wie aus dem nonformalen Bildungsbereich strukturiert miteinander zu vernetzen, die nötige Infrastruktur einer solchen Vernetzung auf- und auszubauen und auf diese Weise den kollegialen Erfahrungsaustausch wie auch die Kooperation der unterschiedlichen Bildungsakteure zu verbessern.

Der Bildungsdialog in der Bremer Vahr wird aller Voraussicht nach dazu beitragen können, die vielen Einzelnetzwerke von formalen und nonformalen Bildungsakteuren zusammenzuführen und die Etablierung der Struktur einer lokalen Bildungslandschaft in der Bremer Vahr voranzubringen. Dazu werden zusätzliche personelle Unterstützungs- und Koordinationsressourcen gewonnen werden müssen. Vor dem Hintergrund des momentan ohnehin angestrebten Ausbaus der Bildungsinfrastruktur in der Bremer Vahr stehen die Zeichen für einen solchen Prozess sehr positiv. Die Ergebnisse des Prozesses wurden in einem gemeinsamen Papier zusammengefasst und zur weiteren Umsetzung den Verantwortlichen in Bremen überreicht, die den Prozess zur Weiterentwicklung des Netzwerkes begleiten.

2.1.7 Symbolische Orte machen

Ursprünglich als wissenschaftliche Tagung konzipiert, nutzten die Projektverantwortlichen Sonja Broy und Thomas Kuder die Zeit der Corona-Pandemie, um zusammen mit renommierten Autorinnen und Autoren aus Geschichts- und Gesellschaftswissenschaft sowie Stadtplanung einen vielgestaltigen Sammelband „Symbolische Orte machen“ (Screenshot Cover) zu erarbeiten.

Als wenig erschlossenes Entwicklungspotenzial sind symbolische Orte vor allem für eine strategisch orientierte Stadtentwicklung von

besonderer Bedeutung. Es handelt sich bei diesen Orten um öffentliche Räume, Gebäude, historische Orte u. v. a., die über Substanzialität und einen gehaltvollen, aber oft wenig entwickelten Überschuss an symbolischer Bedeutung verfügen.

Einleitend werden die Wissensgrundlagen symbolischer Orte beleuchtet, was sie auszeichnet, wie sie funktionieren, welchen unbedingten Anforderungen und welchen Hemmnissen sie unterliegen. Anhand von anschaulichen Beispielen aus Deutschland, England, Österreich und Griechenland wird nachfolgend aufgezeigt, wie vielfältig symbolische Orte sind und was Stadtplanende tun können, um diese Orte als Potenzial für eine nachhaltige Quartiers- und Stadtentwicklung zu nutzen sowie als integrative Orte für die Bevölkerung zu gestalten. Auch widmen sich die Beiträge den unliebsamen und gesellschaftlich eher nicht gewollten symbolischen Orten. Zum Abschluss steht anhand eines konkreten Fallbeispiels und unter Einbezug der vielfältigen Ergebnisse des Sammelbandes das konkrete „Machen" symbolischer Orte durch den Menschen im Vordergrund.

Im Berichtszeitraum 2023/2024 konnte das Projekt abgeschlossen und der gleichnamige Sammelband „Symbolische Orte machen" im jovis Verlag Berlin publiziert werden.

2.1.8 Beschleunigte Bauplanung für kommunale Flüchtlingsunterkünfte – Umsetzung, Nutzungskonflikte und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung

Vor dem Hintergrund weltweiter Krisen stellt die Zuwanderung von geflüchteten Menschen eine andauernde Aufgabe dar, die auch und besonders auf kommunaler Ebene geleistet wird. Städte und Gemeinden sind aufgefordert, eine steigende Anzahl von Geflüchteten und Asylsuchenden unterzubringen und zu versorgen. Diese Aufgabe stellt die Kommunen zunehmend vor Herausforderungen, denn der Wohnungsmarkt ist angespannt und bestehende Flüchtlingsunterkünfte sind vielerorts überlastet. Hinzu kommt der zeitliche Handlungsdruck – mitunter langwierige Bauplanungsverfahren stehen einem akuten Bedarf an kommunalen Unterbringungsmöglichkeiten gegenüber.

Der Gesetzgeber hat daher Änderungen im Bauplanungsrecht vorgenommen, damit Bauplanungsverfahren für Flüchtlingsunterkünfte beschleunigt und flexibler werden. Viele Kommunen sind jedoch mit einem in der Stadtgesellschaft hochpolarisierten und sehr umstrittenen Bau- und Planungsbedarf in den betroffenen Quartieren und Nachbarschaften konfrontiert. Das Projekt geht der Frage nach, wie Kommunen die beschleunigte Bauplanung für Flüchtlingsunterkünfte umsetzen, welche sozialräumlichen Konflikte sich ergeben und welche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bestehen. Das Forschungsprojekt wird von der RWTH Aachen unter der Leitung von Prof. Dr. Agnes Förster durchgeführt und untersucht diese Fragen anhand von Fallstudien in vier Kommunen. Im Anschluss an die Ergebnisse werden im Projekt Handlungsempfehlungen für partizipative kommunale Planungsprozesse entwickelt.

Im April 2024 wurde eine werkSTADT (Screenshot Cover) dazu veröffentlicht. Die Fertigstellung der Studie und die nachfolgende Publikation der Ergebnisse sind für das vierte Quartal 2024 geplant.

2.1.9 Zukunftsorientierte Quartierszentren für Großwohnsiedlungen

„Dritte Orte“ sind den Zusammenhalt fördernde und das Sozialkapital stärkende Treffpunkte im Quartier (Oldenburg 1991). Sie gelten als regelmäßig, freiwillig, informell und gern besuchte charakteristische Orte. Das „Zuhause außerhalb von zuhause“ ist gekennzeichnet durch schwellenlose Zugänglichkeit, Gleichheit der Anwesenden, kommunikativen Austausch, typische Atmosphäre und schlichte Gestaltung sowie den Zweck des „spielerisch“ Miteinander-Zeit-Verbringens. Heute wird vielerorts ein Bedarf an solchen nicht-kommerziellen Orten der Begegnung und an Quartierszentren konstatiert, vor allem in sozial benachteiligten Quartieren.

Gedanken der Funktionsstärkung führten außerdem zuletzt dazu, auch Bibliotheken für neue Funktionen zu öffnen oder in „Community Centern“ öffentliche Funktionen zu bündeln, z. B. Bibliotheken, Jugendzentren, Elternschulen u. ä. Ebenso haben neue Entwicklungen in digitalen Technologien, im Versandhandel und in shared-space-Arbeits- und Mobilitätsformaten das Thema auf die Agenda der integrierten Stadtentwicklung gesetzt.

Das vom vhw beauftragte Forschungsprojekt (Screenshot Nachricht Forschung auf der vhw-Website), das

Februar 2024

Projekt zu zukunftsorientierten Quartierszentren für Großwohnsiedlungen

Öffentliche Diskurse über die soziale Lage in den Großsiedlungen und politische Debatten über vermeintliche soziale Mischungsverhältnisse in den deutschen Großstädten werfen u. a. die...

mehr

von der Gesellschaft für integrierte Stadtentwicklung – stadtkümmerei bearbeitet wird, soll, anknüpfend an die wissenschaftlichen Debatten zur integrierten Stadtentwicklung und zur „Großen Transformation“ (Schneidewind 2018), einen kritisch-würdigenden Überblick über aktuelle sozialräumliche, institutionelle und konzeptionelle Ansätze und Modellprojekte verschaffen. Darüber hinaus sollen die Stärken und Schwächen der Konzepte und Modellvorhaben ausgelotet und im Kontext der integrierten Stadtentwicklung diskutiert werden. Die Ergebnisse werden im Herbst 2024 veröffentlicht.

2.1.10 Smarte Systemarchitektur für kommunales E-Government

Als Teil eines transdisziplinären Forschungsprojekts untersucht der vhw seit 2021 zusammen mit der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, der Q – Agentur für Forschung, Mannheim, und der Stadt Ludwigsburg die politisch-administrativen Herausforderungen kommunaler Prozesse der Digitalisierung. Fallbeispiel ist die Entwicklung eines digitalen Bauamts in Ludwigsburg.

Seit 2017 wird die kommunale Digitalisierung durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) geprägt. Es verpflichtet die Kommunen dazu, sicherzustellen, dass alle öffentlichen Dienstleistungen bis 2022 digital beantragt werden können. Dies setzt die Kommunen als Ausführungsebene enorm unter Druck, zumal Digitalisierung keine allein technische Aufgabe darstellt, sondern die politisch-administrative Koordination differenzierter interner und externer Bedarfe auf mehreren politischen Entscheidungsebenen erfordert. Diese gilt es, in ausführlichen Governance-Analysen herauszuarbeiten.

Das Forschungsprojekt hat im letzten Jahr das dritte Barcamp zur Digitalisierung in Baden-Württemberg mit rund 100 Teilnehmenden sowie einen Expertenworkshop zur Evaluation der Forschungsergebnisse durchgeführt. Die Ergebnisse der Governance-Analysen wurden in einem Fachartikel veröffentlicht (Kuder/Manteuffel: Koordinationsherausforderungen

der Digitalisierung in der Kommunalverwaltung. In: Der moderne Staat: Jg. 17, Nr. 1-2024). Weitere Forschungsergebnisse werden 2024 in einer digitalen Matrix sowie in weiteren Publikationen bereitgestellt und eine Fortsetzung des Projekts ist in der Vorbereitung. Auftraggeber des Projekts ist das Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr (dtec.bw) an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg unter Leitung von Prof. Dr. Gary Schaal und Prof. Dr. Christina Schaefer. Die Fertigstellung der Studie und die nachfolgende Publikation der Ergebnisse sind für das vierte Quartal 2024 geplant, der Antrag für ein Folgeprojekt wurde bewilligt.

2.1.11 Kommunikationsinfrastruktur für die lokale Demokratie

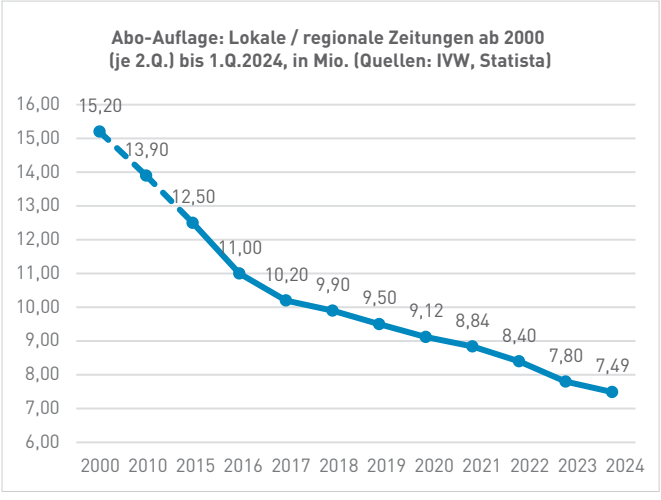
Lokale Teilhabe und Partizipation als Kernkomponenten der lokalen Demokratie erfordern eine funktions- und anpassungsfähige Informations- und Kommunikationsinfrastruktur vor Ort. Gerade in Zeiten eines breiten gesellschaftlichen und technischen Wandels wird die Erreichbarkeit und Einbeziehung der vielfältiger gewordenen und unterschiedlichen Informations- und Kommunikationswege der nutzenden Bevölkerung zu einer erheblichen Herausforderung für Kommunen und für die weiteren lokalen Akteure bzw. Intermediäre.

Vor diesem Hintergrund hat der vhw in Kooperation mit der Hochschule Düsseldorf und der Universität Zürich ein Projekt eingeleitet, das an vorherige Untersuchungen – wie zuletzt zur Qualität lokaler Öffentlichkeit – anknüpft und, ausgehend von einer umfangreichen Bestandsaufnahme, Wege zur Anpassung dieser Infrastrukturen ermitteln soll. Die Leitfrage lautet: Wie können angesichts komplexer sozialer Bedingungen (Vielfalt, Pluralität, Individualisierung), des strukturellen Wandels des intermediären Systems im lokalen Raum (Parteien, Verbände, NPOs) und des sich angesichts von Digitalisierung – sowie inzwischen auch der Künstlichen Intelligenz (KI) – erheblich verändernden Medien- und Kommunikationssystems (traditionelle Massenmedien, Social Media und Plattformen) die Bürgerinnen und Bürger in ihrer (Mediennutzungs-) Vielfalt weiterhin kommunikativ erreicht, informiert und adäquat beteiligt werden?

Die Projektarbeit kann sich übergreifend auf differenzierte Informationen und Daten zur Entwicklung des (lokalen) Medienangebots und zum Nutzungsverhalten stützen, darunter auch Ergebnissen aus den Repräsentativbefragungen des vhw. Diese Daten und Informationen sollen zudem zur Entwicklung einer bundesweiten, kreisscharfen Typologie genutzt werden.

(Lokale) Medienangebote und -Nutzung im tiefgreifenden Wandel

Traditionelle Regional- und Lokalzeitungen, Anzeigenblätter oder lokale Rundfunkanstalten verlieren an Reichweite und damit einen wachsenden Teil ihrer lokalen Informationsfunktion. Zwar verbreiten sie ihr Angebot inzwischen weitgehend auch digital (E-Paper, Paid Content), haben aber durch diese Umstellung und das veränderte Nutzungsverhalten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an Einnahmen, sozialer



Reichweite und Bindung eingebüßt. Allein von 2015 bis 2024 (erstes Quartal) ist die Abonnement-Auflage deutschlandweit um 40 Prozent eingebrochen (siehe Grafik); die Anzahl der Lokal- bzw. Regionalzeitungen ist laut IVW auf 307 im ersten Quartal 2024 gesunken.

Eine Vielzahl digitaler Medien (Social Media; Plattformen) ohne Vermittlungsauftrag verbreiten inzwischen sowohl journalistisch aufbereitete als auch sonstige Informationen aus allen möglichen Quellen. Längst ist eine verschärfte Konkurrenz von Anbietern und Angeboten unter diesen „Viel-Kanal-Bedingungen“ entstanden. Folge ist, dass nicht mehr alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen mit Informationen erreicht und inkludiert werden; die Kluft zwischen informationsarmen und -reichen Bürgerinnen und Bürgern vergrößert sich. Die lokale journalistische Arbeit wird zudem mit stark wachsender Dynamik von KI beeinflusst. Die Auswirkungen auf die Qualität der Berichterstattung und Kommentierung sind noch gar nicht absehbar.

Die Vervielfältigung des Angebots findet ihre Entsprechung im Nutzerverhalten. Während etwa der Anteil der Abonnenten von Regionalzeitungen – ungeachtet des steigenden e-Paper-Anteils – auf etwa 32 Prozent der erwachsenen Bevölkerung gefallen ist (b4p 2023), wobei 25 Prozent auch Paid Content nutzen, bewegen sich fast 68 Mio. Menschen in Deutschland in sozialen Netzwerken; durchschnittlich sind sie bei 5,3 verschiedenen sozialen Medien registriert (Social Media Report 2024).

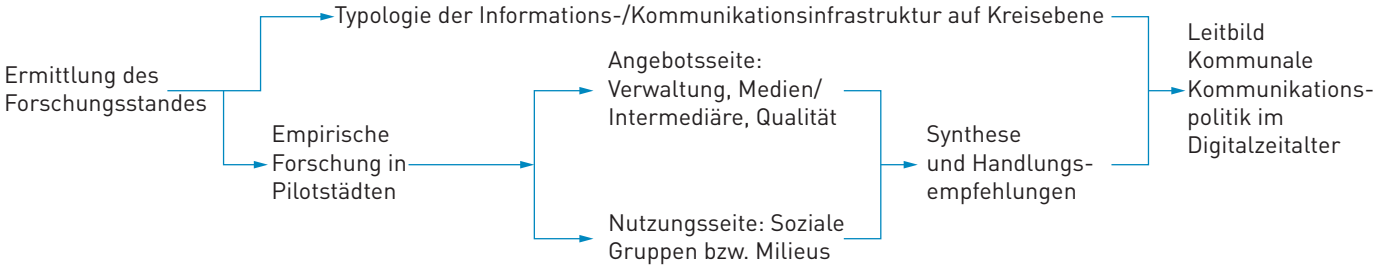
Parallel ist angesichts von Desinformation und Fake News das Vertrauen in Qualität und Glaubwürdigkeit unterschiedlicher Nachrichtenangebote im Internet sukzessive und je nach Mediengattung in unterschiedlichem Maße zurückgegangen. Zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, von Altersgruppen, sozialen Lagen über soziale Milieus bis zu Parteianhängern, bestehen dabei teilweise signifikante Unterschiede, die im Rahmen der Projektarbeit analysiert und bewertet werden können. Ähnliches gilt für abweichende regionale Entwicklungen von Informationsangeboten und Reichweiten.

Die Projektstruktur

Vor dem Hintergrund dieser parallelen Entwicklungsmuster sollen im Projekt durch die Gegenüberstellung von Informationen zur lokalen Angebots- und zur „Nachfrage“-Seite Art und Umfang von Erreichbarkeitsdefiziten bei Vermittlung und Empfang kommunaler und regionaler Informationen identifiziert werden. Die empirischen (Fall-)Analysen erfolgen vor dem Hintergrund der Verarbeitung der aktuellen Forschung zur Digitalisierung von (kommunaler bzw. lokaler) Öffentlichkeiten (Grafik Grundstruktur).

Den Schwerpunkt des Projekts bildet auf Basis bilateraler Vereinbarungen die empirische Forschung in

Grundstruktur: Projekt Kommunikationsinfrastrukturen für die lokale Demokratie



zwei Pilotstädten (Essen, Wuppertal) und dem Kreis Oberspreewald-Lausitz.

Die Arbeit umfasst fünf Kernmodule, die sich mit dem Informations- und Kommunikationsangebot von Verwaltung und Intermediären, dem journalistischen Angebot und dessen Qualität sowie den Medien- und Kommunikationsrepertoires der Bürgerinnen und Bürger beschäftigen. Dazu gehören neben Recherchen Befragungen von Mitarbeitenden der Verwaltung im Presse- und Beteiligungsbereich, von ausgewählten Intermediären sowie von Lokaljournalistinnen und -journalisten. Diese Befragungen werden ergänzt durch eine Internetbefragung der lokal aktiven Intermediären sowie von Inhaltsanalysen ausgewählter Presseartikel.

Die Nutzungsseite wird unter anderem durch jeweils mehrere Fokusgruppengespräche erfasst, die u.a. nach Zugehörigkeit zu sozialen Milieus, Alter und Geschlecht zusammengesetzt werden.

Die Ergebnisse dieser Arbeit werden zusammengeführt und aufeinander bezogen. Durch den Vergleich lassen sich Art und Ausmaß bestehender Erreichbarkeitsdefizite der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur bestimmen und Folgerungen für die Erfordernisse und Umsetzungsmöglichkeiten von Anpassungsmaßnahmen durch Kommunen und Intermediären ableiten. Bis Herbst 2025 soll zudem ein Leitbild „Kommunale Kommunikationspolitik" abgeleitet werden.

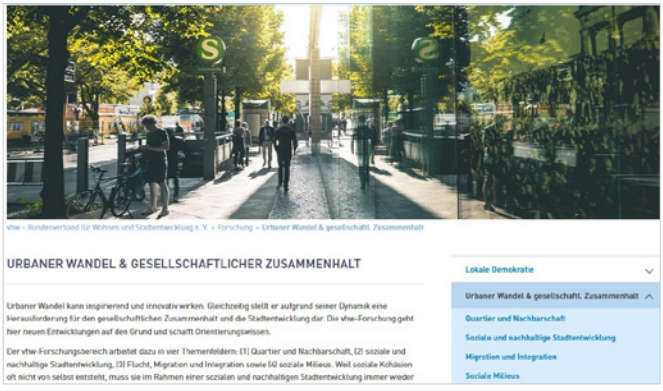
Das Projekt und seine anvisierten Ergebnisse erweitern die verschiedenen Bausteine der vhw Forschung zum praxisorientierten wie theoretischen Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt und Transformation und tragen dazu bei, bestehende Lücken in der einschlägigen Forschung zu schließen. Auftragnehmer im Projekt ist Prof. Dr. Otfried Jarren von der Universität Zürich. Das Projekt läuft bis Ende 2024.

Abgeschlossene und laufende Projekte aus dem Cluster „Lokale Demokratie" im Berichtszeitraum

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt-Nr.
Engagierte Jugendliche in Stadt und Land	Jun 24	Aug 24	K. Seidelsohn	23030
NSP-Kongress 2024 – Side-Event Lokale Demokratie	Mrz 24	Okt 24	K. Seidelsohn	24009
Die transformative Kraft urbaner Sportentwicklung	Feb 24	Okt 25	T. Kuder	23029
Stadtmachen Akademie 2024+	Jan 24	Dez 25	S. Beck	24007
MORO-Fläche	Jan 24	Jun 25	B. Faller	24004
Kleinstadt Web-Talks	Jan 24	Dez 24	C. Höcke	24005
Vielfalt lokal gestalten – Forum für Integrationsbeauftragte	Okt 23	Jun 25	K. Seidelsohn	23028
Digitalisierung des Monitors der Qualität lokaler Öffentlichkeit	Okt 23	Mai 24	K. Seidelsohn	23022
Beschleunigte Bauplanung für kommunale Flüchtlingsunterkünfte	Sep 23	Dez 24	K. Seidelsohn	23015
Digitale Teilhabe-Plattformen deutscher Kommunen	Aug 23	Dez 25	K. Seidelsohn	23021
Lokale Demokratie in der vhw-Sinus-Trendstudie 2022	Aug 23	Apr 24	T. Kuder	23023
Netzwerkanalyse II zur Innenstadtentwicklung Hamburg	Jun 23	Jul 24	T. Kuder	23016
Zukunftfähige Quartierszentren	Mai 23	Aug 24	T. Kuder	23009
Kommunikationsinfrastruktur für die lokale Demokratie	Apr 23	Dez 24	B. Hallenberg	23007
(Un-)Möglichkeit der Teilhabe? Grenzen in der Stadtentwicklung	Apr 23	Okt 23	T. Kuder	23017
Aktualisierung: Leitfaden Milieuwissen für die Stadtplanung	Dez 22	Apr 24	T. Kuder	22010

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt-Nr.
Netzwerkanalyse zur Innenstadtentwicklung Hamburg	Dez 22	Mrz 24	R. Kretschmann	22008
Konferenz Soziale Mischung in Großwohnsiedlungen	Nov 22	Mrz 24	T. Kuder	22009
Pankow beteiligt – wissenschaftliche Begleitung	Jun 21	Apr 24	S. Beck	21024
Erfahrungen mit formeller Bürgerbeteiligung nach Baugesetzbuch	Jun 21	Okt 23	T. Kuder	21015
Smarte Systemarchitektur für kommunales E-Government (dtec)	Apr 21	Dez 24	T. Kuder	21001
Arena Stadtmachen Akademie	Mrz 21	Dez 23	S. Beck	21008
Kleinstadtakademie	Jan 21	Mai 24	C. Höcke	21004
Stadtmachen Akademie 2023	Mrz 20	Dez 23	S. Beck	20018
Infrastrukturen der Beteiligung	Feb 20	Jul 24	T. Kuder	20008
Phase Null, Rostock Toitenwinkel	Dez 19	Mai 24	S. Beck	20011
Symbolische Orte als Potenzial der integrierten Stadtentwicklung	Aug 19	Dez 24	T. Kuder	19017
Bildungsdialog Bremen-Vahr	Jun 18	Mrz 24	S. Beck	18014

2.2 Cluster „Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt“



Auch in diesem Berichtsjahr hat die vhw Forschung im bezeichneten Cluster (Screenshot Landingpage Forschung auf der vhw-Website) verschiedenen Prozessen und Dynamiken in Städten und Quartieren nachgespürt. Im Fokus stand dabei weiterhin das Thema „Urbane Resilienz“. Ereignisse wie zuletzt die Corona-Pandemie oder der russische Angriffskrieg auf die Ukraine führen vor Augen, dass in einer zunehmend komplexen und globalisierten Welt stets mit überraschenden und einschneidenden Geschehnissen zu rechnen ist, die weitreichende Auswirkungen haben und verantwortliche Akteure auf allen Ebenen vor komplexe Herausforderungen stellen. Solche krisenhaften Ereignisse erfordern schelle Antworten, ein Neusortieren von Prioritäten und ausreichende Reaktions- und Anpassungskapazitäten. In Wissenschaft und Praxis wird daher zunehmend die Frage aufgerufen, wie in einer Zeit von Krisen und Umbrüchen eine nachhaltige Stadtentwicklung im Spannungsfeld zwischen langfristiger Zielverfolgung und kurzfristiger Krisenreaktanz gelingen kann. Das Resilienzkonzept scheint darauf eine Antwort geben zu können und wird entsprechend in den aktuellen Debatten als ein relevanter Gestaltungsansatz für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung positioniert. Gleichwohl steht die Frage im Raum, wie das Konzept – über die Klimaanpassungsthematik hinaus – für die Stadtentwicklung anwendbar gemacht werden kann.

Diesen Entwicklungen in den fachlichen Debatten trägt ebenso die Forschung im Cluster Rechnung – mit eigenen Studien und Veranstaltungen zum Thema „Urbane Resilienz“. Ein Grundanliegen ist es dabei, das Resi-

lienzkonzept für die kommunale Praxis anschlussfähig(er) zu machen, Gestaltungsmöglichkeiten für krisenfestere Städte und Quartiere aufzuzeigen sowie Unterstützungsbedarfe zu eruieren. Daneben sind im Berichtsjahr Forschungsprojekte initiiert oder zum Abschluss gebracht worden, die bezogen auf die Kernthemen des Clusters – Quartier und Nachbarschaft, Migration und Integration oder soziale und nachhaltige Stadtentwicklung – unterschiedliche Fragestellungen bearbeiten. Es sind allesamt Projekte, die für die Stadt- und Quartiersentwicklung wichtiges Orientierungs- und Handlungswissen generieren, um urbane Räume inklusiver, sicherer, resilienter und nachhaltiger zu gestalten. So geht es in den Projekten etwa um die Förderung von Teilhabe auf kommunaler Ebene im Kontext aktueller Migrationsbewegungen, um die Auslotung neuer Stadtkonzepte, wie etwa das der Caring City, um Ansätze des integrierten Verwaltungshandelns in der nachhaltigen Stadtentwicklung oder um die Hybridisierung des Alltagslebens in Quartieren und Nachbarschaften im Zuge fortschreitender Digitalisierungsprozesse und deren Implikationen für die Gestaltung nachhaltiger Entwicklungspfade in urbanen Räumen.

Über die Generierung von Orientierungs- und Handlungswissen hinaus ist selbstverständlich der Ergebnistransfer wichtig. Auch in diesem Berichtsjahr wurden Erkenntnisse aus den Forschungsprojekten in verschiedenen Publikationsformaten veröffentlicht sowie Fachveranstaltungen und projektbezogene Workshops mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis durchgeführt. Zudem wurde über die vhw-Denkwerkstatt Quartier (*https://www.vhw.de/forschung/denkwerkstatt-quartier/*) aktuellen Themen und Perspektiven im Bereich der Quartiersentwicklung nachgegangen und einer breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht (Foto © vhw).

Denkwerkstatt Quartier

2.2.1 Urbane Resilienz, Transformation und integrierte Stadtentwicklung

Die Krisenerscheinungen der jüngeren Vergangenheit haben das Resilienzkonzept wieder zu einem Referenzpunkt in den Diskussionen um die zukünftige Gestaltung von Stadt und Quartier werden lassen. Urbane Systeme sollen so transformiert werden, dass sie unerwartete krisenhafte Ereignisse (besser) bestehen können. Gleichzeitig gilt es – mit Blick auf den Klimawandel – städtische Transformationsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit zu forcieren. Wie kann dies im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung gelingen?

Kommunale Perspektiven auf urbane Resilienz

Im Mai 2021 wurde im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik das Memorandum „Urbane Resilienz" verabschiedet. Für den deutschen Kontext ist es die erste programmatische Schrift, die den Aufbau von Resilienz explizit zu einem Ziel der integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung erklärt. Versehen mit dem Untertitel „Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt", formuliert es Aufgabenfelder und Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis. Der vhw war in dem Expertenbeirat vertreten, den das damalige Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat nach Ausbruch der Corona-Pandemie für die Erarbeitung dieses Dokuments einberufen hatte.

Das Memorandum zeugt von einem verstärkten politischen Bewusstsein für die Notwendigkeit, in der Stadtentwicklung auf resiliente Strukturen hinzuwirken. Ob solche neuen Konzepte und Leitvorstellungen für die Stadtentwicklung mit Leben gefüllt und in der Praxis umgesetzt werden, hängt jedoch entscheidend davon ab, wie anschlussfähig diese für die verantwortlichen Akteure auf kommunaler Ebene sind. Ihnen kommt die Aufgabe zu, übergeordnete Programmati-

ken für den jeweiligen Stadtkontext auszuformulieren und in konkrete Praktiken zu überführen.

Eine im Juni 2024 abgeschlossene vhw-Studie hat daher in Richtung kommunaler Praxis die Frage gestellt: „Wie halten Sie es mit der Resilienz?“ Sie nimmt in den Blick, wie Akteure aus Kommunalverwaltungen dem Resilienzansatz gegenüberstehen, welche Aktivitäten sie in diesem Handlungsfeld im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung bereits unternehmen und wo es Unterstützungsbedarfe gibt. Bearbeitet wurde das Forschungsprojekt vom Department Stadt- und Umweltsoziologie des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ, Prof. Dr. Christian Kuhlicke, Prof. Dr. Dieter Rink, Janine Pößneck).

Juni 2024

Studie untersucht urbane Resilienz in der kommunalen Praxis

Der Resilienzbegriff hat in der Stadtentwicklung Konjunktur – nicht zuletzt durch das im Mai 2021 verabschiedete Memorandum „Urbane Resilienz“ der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Es...

mehr

Der Studie (Screenshot Nachricht Forschung auf der vhw-Website) liegt ein induktiv-qualitativer Forschungsansatz zugrunde. Um einen vertieften Einblick zum Thema urbaner Resilienz aus Sicht der kommunalen Praxis zu erhalten, wurden kriterienbasiert (Resilienzbezug, strukturelle und thematische Aspekte, Stadtgröße) acht deutsche Fallstudienstädte ausgewählt: Aachen, Darmstadt, Herzberg (Elster), Leipzig, Quedlinburg, Regensburg, Schwäbisch Gmünd und Viechtach. Zwischen Juni und Anfang September 2023 wurden insgesamt 20 leitfadengestützte Experteninterviews (2 bis 3 pro Kommune) mit Akteuren aus der kommunalen Verwaltung geführt. Die befragten Personen kamen aus den Bereichen Stadtentwicklung und Stadtplanung, Klima und Umwelt sowie Digitalisierung und Smart City.

Basierend auf der empirischen Forschung zieht die Studie bezogen auf den gegenwärtigen Diskussions-, Wissens- und Planungsstand zu urbaner Resilienz in der kommunalen Praxis folgende Schlussfolgerungen:

1. In der kommunalen Praxis existiert bislang kein einheitliches Verständnis von Resilienz. Das Konzept wird als abstrakt wahrgenommen. Die Einstellungen gegenüber dem Resilienzbegriff sind eher abwartend und teilweise kritisch. Diese sind aber durchaus volatil und können sich zum Positiven ändern (z. B. in Folge einer Katastrophenerfahrung oder durch Pilotprojekte).
2. Resilienz ist noch kein etablierter Begriff oder gar ein zentrales Leitbild in den Kommunen. Bisher sind konkrete Ansätze zur Implementierung des Konzepts in der integrierten Stadtentwicklung eher selten. Wenn Konkretisierungen unternommen wurden, dann geschah dies meist aus einer sektoralen Perspektive. Dabei ist der Resilienzansatz in den Handlungsfeldern Klima und Umwelt sowie Katastrophenschutz derzeit am stärksten ausformuliert.
3. Eine eingehendere Befassung mit dem Thema Resilienz wird durch eine Vielzahl von Herausforderungen, denen sich Kommunen gegenübersehen, erschwert. Diese deuten auf strukturelle Problemlagen in der kommunalen Praxis hin (wie Personal- und Ressourcenmangel sowie bürokratische Hürden).

Damit Resilienz eine relevante Bezugsgröße oder gar ein handlungsweisendes Leitbild in der integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung wird, bedarf es weiterer konkreter Schritte. Hierbei geht es vor allem darum, wie eine weitreichendere Implementierung des Resilienzkonzepts in den Kommunen gelingen kann. Das Stichwort lautet: Mainstreaming. Ausgehend von den Erkenntnissen gibt die Studie Empfehlungen, wie dies gelingen kann. Grundsätz-

lich besteht die Notwendigkeit, den Mehrwert des Resilienzansatzes für die kommunale Entwicklung deutlicher darzulegen, das Konzept für die praktische Umsetzung weiter zu konkretisieren und den Wissenstransfer hierzu gezielt zu fördern. Zu diesem Zweck sind entsprechende Follow-up's geplant. Die Studie ist als Nr. 47 in der vhw Schriftenreihe (Screenshot Cover) erschienen.

Öffentlichkeitswirksame Fachveranstaltungen – den Dialog zu Fragen der urbanen Resilienz fördern

Im Berichtsjahr wurden zwei öffentlichkeitswirksame Fachveranstaltungen zum Thema urbane Resilienz durchgeführt, um den inter- und transdiziplinären Dialog hierzu fortzuführen und weiter zu vertiefen. Inhaltlich leitend für die Veranstaltungen und deren Programmgestaltung waren auch die Ergebnisse verschiedener Forschungsarbeiten im Cluster. Die übergeordnete Frage beider Veranstaltungen war dabei: Wie kann Resilienz in eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklungspraxis eingebunden werden? Die thematischen Schwerpunktsetzungen lagen auf folgenden drei Aspekten:

- Mehrwert: Welche neuen Perspektiven eröffnet das Resilienzkonzept für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung? Wie unterscheidet es sich von bereits etablierten Leitvorstellungen? Welcher Mehrwert ist mit dem Konzept verbunden?
- Good Practices: Wie wird das Resilienzkonzept implementiert? Welche Erfahrungen wurden dabei bereits in verschiedenen Städten und Quartieren gemacht? Was lässt sich daraus lernen und auf andere städtische Kontexte übertragen?
- Handlungs- und Unterstützungsbedarfe: Was sind Stellschrauben, um Resilienz in der Stadtentwicklung weiter zu etablieren? Welcher Handlungs- und Unterstützungsbedarf besteht auf kommunaler Ebene?

Die erste Fachveranstaltung fand im September 2023 auf dem 16. Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Jena statt und trug den Titel „Schlüsselkonzept Resilienz: Quartier, Stadt und Land zukunftsorientiert gestalten". Die ausgebuchte Veranstaltung (Foto: Diskussionsrunde, © vhw) im Rahmenprogramm des Bundeskongresses beinhaltete ebenfalls einen vhw-Vortrag zum Thema „Resiliente Quartiere: gemeinwesenorientierte Stadtteileinrichtungen als krisenrelevante Infrastrukturen", basierend auf den Ergebnissen des vhw-Eigenforschungsprojekts „Urbane Resilienz – Benachteiligte Quartiere im Spiegel der Corona-Pandemie". Prof. Dr. Christian Kuhlicke (Leiter des Department Stadt- und Umweltsoziologie des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung – UFZ) gab in seiner Keynote einen Überblick zu den verschiedenen Facetten des Resilienzkonzepts und betrachtete den Mehrwert dieses Ansatzes für die Stadtentwicklung.

Die zweite Fachveranstaltung fand im Juni 2024 im Leipzig statt und trug den Titel „Urbane Resilienz: Neue Impulse für die Praxis in Stadt und Quartier" . Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem UFZ durchgeführt und basierte auf der vorher genannten vhw-Studie „Wie halten Sie es mit der Resilienz? Kom-

munale Perspektiven auf ein aktuelles Stadtkonzept“. Die Tagung (Foto: Begrüßung vhw-Vorstand Prof. Dr. Jürgen Aring, © vhw) richtete sich an Akteure aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Studierende und stieß auf große Resonanz. Vor Ort nahmen mehr als 100 Personen teil, im zusätzlich geschalteten Live-Stream wählten sich rund 180 Personen ein. Anhand ausgewählter Konzepte und Praxisprojekte wurde über die Umsetzung von Resilienz in der Stadtentwicklung vielfältig diskutiert. Gerahmt wurde der Austausch mit der Keynote „Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft“ von Prof. Dr. Philipp Staab (HU Berlin) sowie dem Impulsvortrag „Urbane Resilienz: Ein Blick zurück und nach vorn“ von Dr. Peter Jakubowski (BBSR).

Beide Veranstaltungen haben unterstrichen, wie wichtig der fachübergreifende Dialog ist, um neue Konzepte für die Stadtentwicklung – wie etwa Resilienz – fruchtbar zu machen und praktikable Umsetzungswege aufzuzeigen. Hier gilt es, weiter Brücken zu schlagen, Wissenschaft und Praxis zusammenzubringen sowie gemeinsame Diskurs- und Experimentierräume zu eröffnen. Denn: Die Resilienz urbaner Räume gegenüber krisenhaften Ereignissen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass städtische Transformationsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit nicht ausgebremst, sondern erfolgreich bewältigt werden können.

Integriertes Verwaltungshandeln in der nachhaltigen Stadtentwicklung

In Wissenschaft und Praxis besteht Konsens darüber, dass aktuelle und künftige Transformationsaufgaben (z. B. Mobilitätswende, Energiewende, Klimaanpassung, Digitalisierung) auf kommunaler Ebene durch sektorales Denken und Handeln in der Stadtentwicklung nicht zu bewältigen sind, sondern ein integriertes Vorgehen verlangen. Programmatiken und Handlungsleitfäden auf (inter)nationaler Ebene (u. a. Neue Leipzig-Charta, New Urban Agenda) verweisen entsprechend auf die Notwendigkeit einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit in der kommunalen Verwaltung, um für diese Aufgaben angemessene Lösungsstrategien entwickeln zu können. Allerdings erleichtern herkömmliche Verwaltungsstrukturen und -prozesse nur selten integrierte Ansätze in der nachhaltigen Stadtentwicklung.

An diesem Punkt setzt eine im Oktober 2023 gestartete vhw-Studie mit dem Titel „Integriertes Verwaltungshandeln: Strukturelle Ansätze in der Stadtentwicklung zur Gestaltung urbaner Transformation“ an. Beauftragt mit dem Projekt ist das Büro „plan zwei – Stadtentwicklung, Stadtforschung, Kommunikation“ (Projektleitung: Dr. Ulrich Berding). Die Studie befasst sich mit dem Ansatz der integrierten Stadtentwicklung im Kontext aktueller Transformationsaufgaben und leuchtet aus, wie sich im kommunalen Verwaltungsalltag die ressortübergreifende Zusammenarbeit darstellt. Viele Kommunen haben die Notwendigkeit einer integrierten Stadtentwicklung schon lange erkannt, Verständnis und Herangehensweisen unterscheiden sich jedoch von Stadt zu Stadt – nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher planerischer und politischer Kulturen. Die Untersuchung beleuchtet, inwiefern die in Kommunalverwaltungen vorzufindenden Strukturen und Ansätze für eine ressortübergreifende Zusammenarbeit einen geeigneten Rahmen bieten, um anstehende Transformationsaufgaben erfolgreich

bewerkstelligen zu können. Leitende Forschungsfragen sind:

- Welche Transformationsaufgaben im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung werden prioritär gesehen, welche weniger? Sehen Stadtverwaltungen in den Transformationsaufgaben besondere Herausforderungen auch für die Gestaltung bzw. Organisation des diesbezüglich erforderlichen Verwaltungshandelns?
- Wie stellte sich bisher die fachübergreifende Zusammenarbeit bei Fragen der Stadtentwicklung dar? Welche Strukturen wurden etabliert, wie wurde die Zusammenarbeit praktiziert? Was waren Erfolgsfaktoren, wo lagen Herausforderungen?
- Inwiefern nutzen Stadtverwaltungen vorhandene Strukturen der fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit auch zur Bewältigung der Transformationsaufgaben? Welche neuen Governance-Ansätze werden ggf. erprobt? Welche Erfahrungen werden dabei gemacht bzw. wo liegen Hemmnisse, wo Erfolgsfaktoren?

Mit der Studie sollen Ansatzpunkte identifiziert werden, wie das Verwaltungshandeln bezogen auf die Gestaltung urbaner Transformation ressortübergreifend wie auch flexibler und schneller ausgerichtet werden kann. Im Rahmen der Untersuchung findet eine deutschlandweite, vom Deutschen Städtetag unterstützte Online-Befragung unter allen Großstädten zum integrierten Verwaltungshandeln in der nachhaltigen Stadtentwicklung statt. Im Anschluss daran erfolgen in ausgewählten Städten Fallstudien, um strukturelle Ansätze des integrierten Handelns in unterschiedlichen Aufgabenfeldern der Transformation genauer zu analysieren und Herausforderungen, bestimmende Pfadabhängigkeiten sowie Strategien des Managements vertieft zu betrachten.

2.2.2 Teilhabe in der Migrationsgesellschaft

Migrationsbewegungen nehmen aus sozialen, ökologischen und (geo)politischen Gründen weltweit zu. Städte – auch in Deutschland – sind dabei die Knotenpunkte globaler Mobilität. Dies betrifft nicht nur Großstädte, sondern in zunehmendem Maße auch Städte abseits der Metropolen. Die Aufgabe, die gesellschaftliche Teilhabe aller zu ermöglichen, wächst in seiner Bedeutung weiter an und stellt zugleich die verantwortlichen Akteure in diesem kommunalen Handlungsfeld vor vielfältige Herausforderungen. Diese Herausforderungen haben oftmals ihren Ursprung auf nationalstaatlicher Ebene, dennoch müssen für sie vor Ort Lösungen gefunden werden. Ein Aspekt ist hierbei, dass in Deutschland seit 2014 nicht nur die Zahl der Geflüchteten kontinuierlich steigt, sondern auch die der Personen ohne oder mit einer ungeklärten Staatsangehörigkeit. Speziell hier stellt sich die Frage, mit welchen Konzepten und Ansätzen Zugänge zu relevanten gesellschaftlichen Bereichen geschaffen und Barrieren in der hiesigen Migrationsgesellschaft abgebaut werden können.

Urban Citizenship: Stadtbürgerschaft im lokalpolitischen Kontext

Seit den 1990er Jahren wird in der internationalen Stadtforschung eine Debatte entlang des Begriffs Urban Citizenship/Stadtbürgerschaft geführt in Anbetracht einer Dynamisierung weltweiter Migrationsbewegungen. Die Debatte fokussiert auf kommunale Politiken, die die gesellschaftliche Teilhabe vor Ort stärken und sich dabei nicht an der nationalen Staatsbürgerschaft, sondern am faktischen Lebensmittelpunkt der Menschen orientieren. Stadt wird hier als Stadtgesellschaft gedacht, wobei ein besonderer Fokus auf dem Sichtbarmachen und der Bearbeitung von Ein- und Ausschlussprozessen liegt. Im Zentrum stehen Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, die auf

Grund ihrer ausländischen bzw. ungeklärten Staatsangehörigkeit von Rechten am Wohnort auf formaler Ebene ausgeschlossen bleiben und/oder mit informellen Zugangsbarrieren konfrontiert sind; z. B. in Bezug auf Wohnraum und Kulturangebote, das Bildungs- und Gesundheitssystem, aber auch hinsichtlich der Nutzung des öffentlichen Raums.

Dezember 2023

Urban Citizenship: Stadtbürgerschaft im lokalpolitischen Kontext

Zentrales Anliegen des kürzlich gestarteten Forschungsprojektes ist es, die internationale Debatte um Urban Citizenship für stadt- und kommunalpolitische Akteure in Deutschland...

mehr

Zentrales Anliegen der Studie (Screenshot Nachricht Forschung auf der vhw-Website) ist es, die internationale Debatte um Urban Citizenship für stadt- und kommunalpolitische Akteure in Deutschland aufzubereiten. Dabei soll die Debatte nicht einfach nur „übersetzt“, sondern entlang von drei Leitfragen aufbereitet werden, um einen Impuls für das kommunale Handeln hierzulande geben zu können:

1. Wie hat sich die Urban Citizenship-Debatte seit Beginn der 1990er Jahre entwickelt und welche praxispolitischen Anregungen halten die einzelnen Debattenstränge im Kontext deutscher Stadt- und Kommunalpolitik bereit?
2. Auf welchen Politikfeldern sind Urban Citizenship-Politiken besonders relevant und was kann man von (inter-)nationalen Referenzbeispielen aus unterschiedlichen stadt- und kommunalpolitischen Kontexten für die deutschsprachige Debatte lernen?
3. Welche Möglichkeiten und welche Grenzen des Urban Citizenship-Ansatzes lassen sich für den stadt- und kommunalpolitischen Kontext in Deutschland identifizieren?

Das Forschungsprojekt wird seit November 2023 unter der Federführung von PD Dr. Henrik Lebuhn von der Humboldt Universität zu Berlin, Lehrbereich Stadt- und Regionalsoziologie bearbeitet. Ein erster Workshop mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis fand im Frühling 2024 statt. Ein zweiter ist für den Sommer 2024 geplant. Die Veröffentlichung des Berichts soll Ende des Jahres 2024 erfolgen.

Migration in Klein- und Mittelstädten. Lokale Narrative und ihre Bedeutung für den Zugang zum Arbeitsmarkt

Spätestens seit den Fluchtbewegungen in den Jahren 2014/2015 hat sich Migration auch für Kommunen abseits der Metropolen zu einem zentralen Thema entwickelt. Obgleich bei den Debatten um Zuwanderung meist Fluchtmigration im Vordergrund steht, umfasst Migration auch in kleineren Kommunen vielfältige Formen, etwa Arbeitsmigration, Familienzusammenführung oder Bildungsmigration. Lokale Narrative um Migration beeinflussen dabei, wie Akteure auf kommunaler Ebene mit diesen verschiedenen Migrationsformen umgehen. Welche Gruppen von Zugewanderten umworben und willkommen geheißen werden oder an wen sich lokale (Unterstützungs-)Strukturen und Teilhabeangebote richten, ist maßgeblich davon abhängig, wie vor Ort Zuwanderung wahrgenommen und kommuniziert wird.

Mai 2024

Migration in Klein- und Mittelstädten

Ein kürzlich gestartetes Forschungsprojekt beschäftigt sich mit lokalen Narrativen zu Migration in Klein- und Mittelstädten und zielt darauf, deren Auswirkungen auf das politische und...

mehr

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich ein kürzlich gestartetes Forschungsprojekt (Screenshot Nachricht Forschung auf der vhw-Website) mit lokalen Narrativen zu Migration in Klein- und Mittelstädten. Es zielt darauf, deren Auswirkungen auf das politische

und gesellschaftliche Handeln vor Ort am Beispiel des Zugangs zum Arbeitsmarkt besser zu verstehen. Der Fokus auf das Handlungsfeld des Arbeitsmarkts wurde gezielt gesetzt. Hier beeinflussen eine Vielzahl an lokalen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft – mit jeweils eigenen Narrativen und Handlungsorientierungen – die Zugangschancen von unterschiedlichen Gruppen von Zugewanderten. Zudem sind Teilhabefragen im Feld des Arbeitsmarkts aus zweierlei Perspektiven relevant: Einerseits wird dem erfolgreichen Zugang zum Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle bei der Integration zugeschrieben. Andererseits wird Arbeitsmigration unter dem Stichwort des Fachkräftemangels politisch und privatwirtschaftlich gefördert, ganz besonders auch in den Regionen, die von demographischer Alterung und Abwanderungsprozessen betroffen sind.

Ausgehend von einer Analyse, in welcher Weise das Sprechen über Migration in den Kommunen Prozesse der Inklusion und Exklusion auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst, werden Perspektiven aufgezeigt, wie lokale Narrative entwickelt werden können, die Gemeinschaften öffnen und Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger stärken können. Das Projekt betrachtet dabei Zuwanderung und damit einhergehende Veränderungsprozesse im Sinne des ‚local turn' in der Migrationsforschung nicht als einen isolierten Prozess, sondern eingebettet in größere gesellschaftliche Entwicklungen und spezifische Kontextbedingungen (z. B. demographische Situation, regionale Einbettung, administrative Kompetenzen oder wirtschaftliche Lage). Der Blick auf die gesamte Kommune und alle Migrationsformen bietet wiederum Anknüpfungspunkte an postmigrantische Perspektiven, die den Blick der Migrationsforschung von einem Fokus auf Migrantinnen und Migranten hin zu einer umfassenden Gesellschaftsforschung lenken.

Bearbeitet wird das Projekt von Dr. Friederike Enßle-Reinhardt und Prof. Dr. Birgit Glorius von der Technischen Universität Chemnitz, Professur für Humangeographie und europäische Migrationsforschung. Das Projekt wird aus Mitteln der vhw Stiftung gefördert und läuft voraussichtlich bis Mai 2026.

„Perspektivwechsel": Ein partizipativer Forschungsansatz zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Fluchtgeschichte

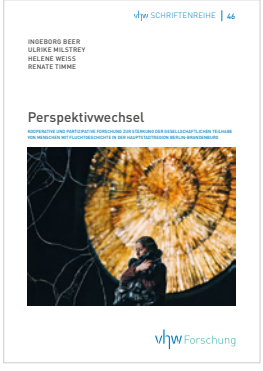
Zudem wurde im Berichtszeitraum das Projekt „Perspektivwechsel" abgeschlossen, das von einem Konsortium um das Büro für Stadtforschung + Sozialplanung aus Berlin (Dr. Ingeborg Beer, Helene Weiß, Hares Alraad) und der B.B.S.M. Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH aus Potsdam (Ulrike Milstrey, Renate Timme, Dr. Heike Liebmann) im Auftrag des vhw durchgeführt wurde. Dieses Projekt steht in der Tradition von vhw-Projekten, die sich mit Migrationsthemen auseinandersetzen, wie etwa Studien zu Migrantenmilieus oder der postmigrantischen Gesellschaft.

Ein zentrales Anliegen des Projekts war es, die Perspektiven von geflüchteten Menschen sichtbarer zu machen. Diese Menschen stehen oft im Mittelpunkt von Forschungsprojekten, kommen jedoch selten selbst oder allenfalls in gängigen Interview-Formaten zu Wort. Das Verständnis für die Situation von Geflüchteten bleibt dabei oft begrenzt, denn Ankommen ist ein komplexer Prozess, der weit über das physische Erreichen eines sicheren Ortes hinausgeht und Aspekte wie Orientierung, Vernetzung, Spracherwerb und kulturelles Lernen umfasst. Dieser Prozess ist oft von ungleichen Teilhabechancen und Gefühlen der Instabilität und Ambiguität geprägt. Traumata, die mit der Flucht verbunden sind, spielen ebenfalls eine Rolle. Um diese Ankommenssituation besser zu erfassen, ist ein länger andauernder, vertrauensvoller Kontakt mit Geflüchteten notwendig.

Dies kann unter bestimmten Voraussetzungen auch in einem wissenschaftlichen Rahmen geschehen, wie zum Beispiel mit dem methodologisch etablier-

ten Ansatz der „partizipativen Forschung“. Unter der programmatischen Überschrift „Perspektivwechsel“ wurde deshalb ein partizipativ angelegtes Forschungsprojekt durchgeführt, das eine enge und gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen professionellen Forschenden, nicht-professionellen Co-Forschenden – den Geflüchteten – sowie Leitenden von sozialen Trägern als Kooperierenden beinhaltete. Ziel war es, den angestrebten wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn mit der Verbesserung der Lebenswelten von Geflüchteten zu verknüpfen. Die Forschenden arbeiteten auf Augenhöhe mit Beteiligten aus sechs Praxisprojekten in Berlin und Brandenburg, die durch einen Aufruf akquiriert und kriterienbasiert ausgewählt wurden. Diese Projekte umfassten lokale Initiativen wie Theaterprojekte, Nachbarschaftsprojekte und Job-Netzwerke. Die Forschungsagenden wurden gemeinsam mit den Co-Forschenden entwickelt und orientierten sich an lebensnahen Themen wie Zusammenleben im Quartier oder kulturelle Unterschiede. Neben Feldtagebüchern spielten interpretative Gruppenauswertungen und interdisziplinäre Gesprächsrunden bzw. Sounding Boards eine wichtige Rolle bei der Validierung der Ergebnisse. Es wurde deutlich, dass die Einbindung der Co-Forschenden in den gesamten Forschungsprozess die Qualität und Validität der Ergebnisse positiv beeinflusste. Ein zentrales Thema der Studie war die Asymmetrie in den Forschungsgruppen, die durch unterschiedliche Bildungshintergründe verstärkt wurde. Der Bericht reflektiert kritisch, wie diese Ungleichheiten beeinflusst werden können und betont die Notwendigkeit, in zukünftigen Projekten noch mehr zu experimentieren, um innovative Methoden zur inklusiven Teilhabe zu entwickeln.

Das Projekt liefert wichtige Erkenntnisse zur Gestaltung partizipativer Forschungsprozesse und zeigt, wie wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn, individuelles Empowerment und zielgruppengerechte Angebote in der Stadtentwicklungspraxis ineinandergreifen können. Ein flexibler, dialogischer Ansatz und die gleichberechtigte Einbindung der Teilnehmenden in alle Phasen der Forschung führten zu einem tieferen Verständnis und relevanteren Ergebnissen. Gleichzeitig bewirkte diese Art der Forschung praktische Veränderungen und subjektive Verbesserungen für die Teilnehmenden. Die Co-Forschenden äußerten zum Beispiel konkrete Verbesserungsvorschläge für den kommunalen Umgang mit ihrer eigenen Peer-Group (wie etwa die Ausgestaltung von Sprachkursen, Treffpunkten, Spielplätzen und öffentlichen Veranstaltungen), die direkt an zuständige Akteure in Verwaltung und Politik herangetragen wurden, um langfristig die Lebensqualität in den Quartieren und die Angebote für Geflüchtete zu verbessern. Dadurch konnten Herausforderungen im Zusammenhang mit ungleichen Teilhabechancen aufgezeigt und gleichzeitig wertvolle Selbstwirksamkeitserfahrungen für die Geflüchteten ermöglicht werden.



Partizipative Forschung grenzt sich von vergleichbaren Methoden durch ein besonders hohes Reflexionsniveau ab, wodurch sie anspruchsvoll und aufwändig wird. Ein Follow-up auf Basis der dokumentierten Erfahrungen könnte Leitlinien entwickeln, um ein schlankeres, aber methodologisch noch vertretbares partizipatives Projektdesign zu konstruieren. Ein solches „Mainstreaming“ hätte das Potenzial, z. B. im Kontext von Reallaboren oder Modellprojekten neue Praktiken der Stadtentwicklung zu generieren und zu inklusiven, lebenswerten städtischen Räumen sowie zum sozialen Zusammenhalt beizutragen. Der Projektbericht ist als vhw-Schriftenreihe Nr. 46 (Screenshot Cover) erschienen.

2.2.3 Das Konzept der Caring City – Ein Ansatz für eine gerechtere und nachhaltigere Stadt?

In den letzten Jahren sind in Wissenschaft und Praxis zahlreiche Konzepte von Stadt entworfen, debattiert und z.T. für die Praxis der Stadtentwicklung handlungsleitend geworden. Allesamt haben sie zum Ziel, auf aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in der Stadtentwicklung Antworten zu geben. In letzter Zeit hat ein weiteres Konzept Eingang in diese Diskussion gefunden: das der Caring City. Die Caring City versteht Stadt als System der gegenseitigen Fürsorge und rückt die Bedeutung von Care-Tätigkeiten (Bildung, Erziehung, Pflege, Versorgung, Reinigung etc.) für das soziale Leben und Miteinander in urbanen Kontexten in den Fokus. Es zielt darauf, das Wohlergehen aller Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern, für Umwelt- und Klimaschutz und Klima Sorge zu tragen sowie gleichberechtigte Zugänge und Teilhabe zu ermöglichen. Die Leitidee der Caring City umschreibt UN-Habitat etwa wie folgt:

> *„Reshaping cities around care means putting at the center of urban planning and policy the conditions to ensure the well-being of the people, the planet, and democracy [...]. The vision of a caring city allows approaching urban areas not only as territories of production and consumption but also as spaces for the exercise of citizen rights and as places of care, protection, and resilience of our planet. Future cities need to be caring cities."*[1]

Der Diskurs um Caring Cities kommt aus dem anglophonen und spanischsprachigem Raum, ist vornehmlich akademisch geprägt und findet in unterschiedlichen disziplinären Kontexten statt. Darüber hinaus haben sich bereits einzelne Organisationen und Netzwerke auf internationaler Ebene dem Konzept der Caring City zugewandt (z.B. UN-Habitat, Eurocities). Auch erste Städte – wie beispielsweise Barcelona, Bogota oder Bremen – erproben schon Care-Konzepte, in denen es etwa um den Ausbau von städtischen Fürsorge-Infrastrukturen, die Gestaltung öffentlicher Räume oder um Anerkennungspolitiken und den Abbau sozialer Ungerechtigkeiten im Kontext von Sorgearbeit geht.

Wie bei jedem Stadtkonzept stellt sich aber auch bei der Caring City die Frage, welchen konkreten Mehrwert es für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung bietet. Das geplante Forschungsprojekt setzt an diesem Punkt an. Es beabsichtigt, den Diskurs um Caring Cities genauer auszuleuchten und sich mit dem Konzept (kritisch) auseinanderzusetzen. Kernanliegen der Analyse ist es, die Potenziale des Konzepts für eine gerechtere und nachhaltigere Stadtentwicklung auszuloten. Zentral sind dabei folgende Fragen: Wie ist das Konzept der Caring City entstanden und was sind Kernanliegen des Konzepts? Wie wird in den Konzepten der Begriff Care theoretisiert und was sind wesentliche Merkmale einer Caring City? Wie wird bisher das Konzept der Caring City für Stadtpolitiken – national wie international – konkretisiert? Und: Welchen Mehrwert bietet diese Perspektive für eine gerechtere und nachhaltigere Stadtentwicklungspraxis? Ausgehend von diesen Fragen zielt die Studie darauf, die Reichweite des Konzepts einzuschätzen und Vorschläge für seine Weiterentwicklung sowohl im akademischen Diskurs als auch für die Implementation in die Praxis der Stadtentwicklung zu formulieren.

Durchgeführt wird die Studie von Vertr.-Prof. Dr.-Ing. Sandra Huning und Hannah Müller an der Bauhaus-Universität Weimar. Im Frühjahr 2024 fand bereits ein erster internationaler Online-Workshop statt. Gemeinsam mit Vertreterinnen aus Barcelona, Bogota, Wien und Umeå wurde diskutiert (Screenshot Nachricht

1 *UN-Habitat. (2022): Caring Cities: Reshaping urban areas around care. https://wuf.unhabitat.org/event/wuf11/caring-cities-reshaping-urban-areas-around-care.*

Mai 2024

Internationaler Caring City Workshop mit Barcelona, Bogota, Wien und Umeå

Am 22. Mai 2024 fand der erste Workshop im Projekt „Caring Cities“ statt, der gemeinsam von der Universität Weimar und der vhw Forschung durchgeführt wurde. Im Workshop ging es insbesondere...

mehr

Forschung auf der vhw-Website), welche Potenziale Caring City-Konzepte bieten, aber auch welche Fallstricke und Herausforderungen beachtet werden müssen. Auch die Zwischenergebnisse des Projekts wurden vorgestellt, dessen Fertigstellung für Ende des Jahres 2024 geplant ist.

2.2.4 Hybride Alltagswelten und nachhaltige Stadtentwicklung

Digitale Technologien und ihre alltagsweltlichen Anwendungen werden oft als Hoffnungsträger gesehen, um Lösungen für die vielfältigen Krisen unserer Zeit zu finden. Auch in der Frage, wie die Transformation der (Stadt-)Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit gelingen kann, wird Digitalisierung als eine elementare Stellschraube betrachtet. Allerdings sind die Effekte einer zunehmenden Digitalisierung der Alltagswelten in Stadt, Quartier und Nachbarschaft noch nicht hinreichend erforscht – insbesondere im Hinblick auf eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung. Dieser Forschungslücke widmet sich der vhw seit einigen Jahren und lancierte im Herbst 2021 einen Call for Proposals zum Thema „Hybride Urbanität – Städtische Lebenswelten zwischen digitalen und analogen Strukturen“. Aus den vielfältigen Einreichungen wurden die Projekte „Alltag im Quartier 4.0“ und „Hybride Sport- und Bewegungswelten“ ausgewählt, die aus Mitteln der vhw Stiftung gefördert werden.

Hybride Sport- und Bewegungswelten in der postpandemischen Stadt. Heranwachsende zwischen virtuellen Angeboten und urbanen Aktivitäten

Die eingeschränkte Bewegungsfreiheit während der Corona-Pandemie hat eindrücklich vor Augen geführt, dass wohnungsnahe Freiräume – vom Balkon bis zum Stadtpark – insbesondere für Heranwachsende ein besonderes Potenzial für das Sozialleben und die Gesundheitsprävention und damit für eine nachhaltige Stadtentwicklung darstellen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass nicht nur der institutionalisierte Sport als Stabilitätsfaktor der Gesundheit und des sozialen Zusammenhalts und als wichtiger Entwicklungsfaktor für Heranwachsende gelten kann, sondern auch andere, weniger verregelte Aktivitäten. So gewinnen informelle Sport- und Bewegungsangebote in urbanen und virtuellen Räumen stetig an Bedeutung: Einerseits erfreuen sich Spiel-, Skateplätze, Laufstrecken, Wiesen sowie Fitness- und Calisthenics-Parks für individuelle Bewegungsaktivitäten einer hohen Nachfrage. Andererseits werden virtuelle Trainingsprogramme und agile Trainingsgruppen von jungen Abonnierenden stark nachgefragt. Nachbarschaftliche Initiativen und Sportbegeisterte gründen virtuelle Netzwerke und nutzen vielfältige Plattformen. Abseits von institutionellen Anbietern erscheinen die hybriden Sport- und Bewegungsnetzwerke als fluide Settings öffentlicher Orte und niedrigschwelliger Sportgemeinschaften, die ein neues Zusammenspiel digitaler und analoger Sphären konstruieren.

Das inzwischen abgeschlossene Projekt „Hybride Sport- und Bewegungswelten in der postpandemischen Stadt“ untersucht diese Gemengelage mit einem umfangreichen Methodenset: Neben Auswertungen von Geodatenbanken wurden eine Online-Befragung, Vor-Ort-Begehungen und Interviews durchgeführt. Darüber hinaus wurde das Projekt von einem Netzwerk wichtiger Stakehol-

der aus der Plattformökonomie, Sportunternehmen, Verwaltungen und Zivilgesellschaft begleitet, die über zwei Netzwerk-Workshops in das Forschungsprojekt eingebunden waren.

Das von Dr. Felix Bentlin und Tilmann Teske an der Technischen Universität Berlin durchgeführte Forschungsprojekt konnte zeigen, wie vielfältig die Berliner Sport- und Bewegungswelten sind. Im Projektbericht wird – insbesondere mittels anschaulicher graphischer Darstellungen – vermittelt, wie sich das Spektrum hybrider Sport- und Bewegungspraktiken gestaltet, welche Akteure und Communities in dem Feld aktiv sind und wie sich diese neuen Bewegungspraktiken auf die Nutzung unterschiedlicher urbaner Räume auswirken. Die Studie wird im zweiten Halbjahr 2024 in der vhw-Schriftenreihe veröffentlicht.

Alltag im Quartier 4.0. Zur Hybridisierung suburbaner Alltagswelten am Beispiel von Frankfurter Stadtquartieren

Angesichts der Einschränkung des gesellschaftlichen Lebens und der sozialen Kontakte während der Corona-Pandemie veränderte sich die Bedeutung von Quartier und Nachbarschaft: Die eigene Wohnung, das unmittelbare Wohnumfeld und die sozialen Beziehungen im Nahraum gewannen an Relevanz für die Gestaltung des Alltags. Öffentliche Räume wurden belebt und eine „neue" Nachfrage nach nahräumlicher Versorgung, nachbarschaftlichen Kontakten, Freiraumqualität und alternativen Mobilitätsangeboten entstand. Digitale Angebote wurden verstärkt genutzt, um sich zu informieren, Aktivitäten zu organisieren und Teilhabe zu sichern, z. B. durch Leihräder, lokale Bestell- und Lieferdienste, Online-Yoga, Freiluftsport oder durch digitale Nachbarschaftsvernetzung. Besonders in Kernstädten war zu beobachten, dass sich der Trend zu diesen hybriden Formen des Lebens und Arbeitens durch die Corona-Pandemie verstärkte. Weniger klar – auch in der Forschung – ist jedoch, wie sich diese Hybridisierung in suburbanen Räumen gestaltete. Siedlungsstruktur und Versorgungsangebot sind hier weniger dicht und die dort verbreiteten Wohnformen stärker auf den privaten Raum ausgerichtet. Ob und wie genau in solchen Quartieren Bewohnerinnen und Bewohner sowie Akteure der lokalen Nahversorgung von solchen hybriden Angeboten und Nutzungen profitieren und inwiefern sie zu stärkerer Teilhabe, verbesserter Lebensqualität und mehr ökologischer Nachhaltigkeit beitragen, ist empirisches Neuland und war Gegenstand des Forschungsvorhabens. Bearbeitet wurde das Projekt von Dr. Jutta Deffner und Dr. Thomas Friedrich vom ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung.

Neben einer intensiven Literaturrecherche wurde eine umfassende Empirie in vier Frankfurter Quartieren – davon drei im suburbanen Raum und eines als innerstädtisches Vergleichsquartier – durchgeführt. Durch virtuelle und Vor-Ort-Begehungen wurden die Stadtteile erkundet und kontrastierende Fokusgruppen mit Bewohnerinnen und Bewohnern durchgeführt, in denen diese über ihre hybriden Alltagspraktiken im Quartier diskutierten. Zusätzlich wurden Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und der Verwaltung in jedem der Stadtteile interviewt. Im Herbst 2023 fand zudem ein Workshop (Screenshot Nachricht Forschung auf der vhw-Website) statt, in dem die Ergebnisse mit lokalen Stakeholdern und Wissenschaftlerinnen reflektiert wurden.

August 2023

Reflexionsworkshop im Projekt "Alltag im Quartier 4.0"

Am 23. August 2023 fand in Frankfurt am Main am Institut für sozial-ökologische Forschung ISOE ein Reflexionsworkshop im Projekt Alltag im Quartier 4.0 statt. Es kamen verschiedene... mehr

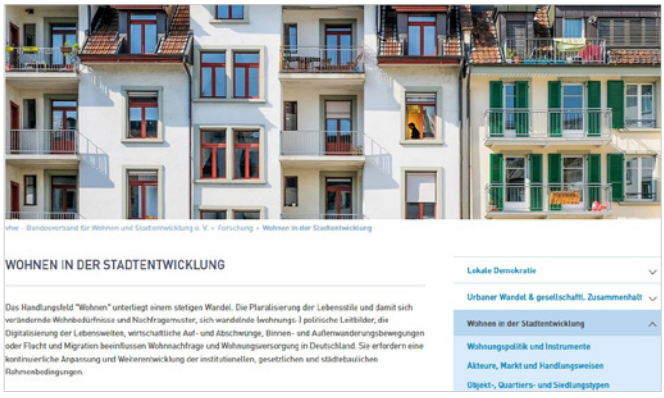
Das Projekt konnte erste Erkenntnisse liefern, welche hybriden Alltagspraktiken sich in suburbanen Stadtteilen während der Corona-Pandemie digitalisiert bzw. hybridisiert haben. Dies konnte für die Bereiche „Konsum und Versorgung“, „Mobilität und Verkehr“, „Information, Austausch und Teilhabe“ sowie für den Bereich „Freizeit, Sport und Erholung“ herausgearbeitet werden. Im Kontrast zum urbanen Vergleichsquartier zeigte sich, dass die Entwicklungen der Hybridisierung in Stadtrandlagen weniger stark ausgeprägt sind. Aber auch im Vergleich der suburbanen Räume untereinander zeigten sich interessante Unterschiede: So waren in der untersuchten Großwohnsiedlung deutlich weniger hybridisierte Alltagspraktiken in allen Bereichen zu beobachten als in den anderen Quartieren. Zudem nahmen dort die Bewohnerinnen und Bewohner die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie als belastender war als in den anderen Untersuchungsräumen. Die Studie macht ebenfalls deutlich, dass sich hybride Alltagspraktiken sehr ambivalent auf eine nachhaltige Quartiersentwicklung auswirken. Insbesondere wenn nach ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit differenziert wird, zeigt sich ein komplexes Zusammenspiel von befördernden Dynamiken, hemmenden Faktoren und unvorhergesehenen Rebound-Effekten. Schließlich liefert das Projekt mit seinem Fokus auf suburbane Quartiere einen weiteren wichtigen Erkenntnisbaustein im Forschungsfeld der hybriden Räume. Darüber hinaus wird für Praxisakteure der Quartiersentwicklung relevantes Orientierungswissen in Bezug auf die Frage generiert, welche Aspekte beim Einsatz digitaler Medien in den Bereichen „Konsum und Versorgung“, „Mobilität und Verkehr“ sowie „Information, Austausch und Teilhabe“ bedacht werden müssen. Der Abschlussbericht wird im Sommer 2024 veröffentlicht.

Abgeschlossene und laufende Projekte aus dem Cluster „Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ im Berichtszeitraum

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt-Nr.
Fachveranstaltung: Was kommt als Nächstes? Transformative Stadtentwicklung in einer Zeit von Umbrüchen und Krisen	Mai 24	Nov 24	L. Wiesemann	24013
Migration in Klein- und Mittelstädten: Lokale Narrative und ihre Bedeutung für den Zugang zum Arbeitsmarkt	Mai 24	Mai 26	N. Böcker	23029
Das Konzept der Caring City – ein Ansatz für eine gerechtere und nachhaltigere Stadt?	Sep 23	Sep 24	N. Böcker	23024
Teilauswertung Trendstudie 2022 – Cluster Urbaner Wandel	Jun 23	Aug 24	K. Krüger	23020
Urban Citizenship: Stadtbürgerschaft im lokalpolitischen Kontext	Nov 23	Dez 24	L. Wiesemann	22014
Fachkonferenz: Urbane Resilienz – Neue Impulse für die Praxis in Stadt und Quartier	Okt 23	Jun 24	L. Wiesemann	21016
Integriertes Verwaltungshandeln in der nachhaltigen Stadtentwicklung: Strukturelle Ansätze zur Gestaltung urbaner Transformation	Sep 23	Apr 25	L. Wiesemann	21019
Fachkonferenz: Schlüsselkonzept Resilienz – Quartier, Stadt und Land zukunftsorientiert gestalten	Feb 23	Sep 23	L. Wiesemann	23014

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt-Nr.
Wie halten Sie es mit der Resilienz? Die Rolle des Resilienz-Ansatzes in der kommunalen Praxis	Dez 22	Mai 24	L. Wiesemann	21016
Soziale Ungleichheit und Milieus	Dez 22	Jun 24	N. Böcker	21019
Sinus-Trendbefragung 2022	Mrz 22	Nov 23	B. Hallenberg	19022
Alltag im Quartier 4.0	Jun 21	Mai 24	N. Böcker	21018
Hybride Sport- und Bewegungswelten der postpandemischen Stadt	Jun 21	Mai 24	N. Böcker	21017
Urbane Resilienz. Benachteiligte Quartiere im Spiegel der Corona-Pandemie	Mai 20	Aug 23	L. Wiesemann	20014
Gute Quartiersentwicklung – was ist das eigentlich?	Mrz 20	Jul 24	K. Krüger	21021
Denkwerkstatt Quartier	Dez 18	Dez 24	O. Schnur	19002
Perspektivwechsel – Kooperative und partizipative Forschung zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten	Sep 18	Jun 24	O. Schnur	18022

2.3 Cluster „Wohnen in der Stadtentwicklung“



Das Thema Wohnen ist eines der zentralen und ältesten Aufgabengebiete des Verbandes. Seit seiner Gründung hat der vhw den stetigen Wandel dieses Handlungs-, Diskurs- und später auch des dazugehörigen Forschungsfelds begleitet. Angesichts anhaltender Krisen und gesellschaftspolitischer Veränderungen im Lokalen und Globalen wurde im Berichtsjahr einmal mehr deutlich, wie wichtig die soziale und ökologische Dimension von Wohnen in der Stadtentwicklung ist. Angespannte Wohnungsmärkte, extreme klimatische Veränderungen, steigendes Armutsrisiko aufgrund von Inflation, Flucht und Migration, der demografische Wandel und veränderte Wohnbedürfnisse sind dynamische Herausforderungen, mit denen sich Akteure aus Städtebau, Stadtentwicklung und Wohnungspolitik vor allem auch im kommunalen Bereich konfrontiert sehen und die auch in der Wissenschaft adressiert werden. Die vielfältigen und sich überschneidenden Problemlagen erfordern u. a. eine kontinuierliche Anpassung des Handelns vor Ort, eine Weiterentwicklung der institutionellen, gesetzlichen und städtebaulichen Rahmenbedingungen sowie eine kontinuierliche wissenschaftliche Rückbindung, die sich die vhw Forschung traditionell und auch in Zukunft zur Aufgabe macht.

Im Berichtszeitraum hat das Forschungscluster „Wohnen in der Stadtentwicklung“ (Screenshot Landingpage Forschung auf der vhw-Website) die aktuellen Entwicklungen und Dynamiken auf dem Wohnungsmarkt sowie Fragen zur sozialen, resilienten und nachhaltigen Wohnraumversorgung entsprechend in das Blickfeld seiner Forschungstätigkeit gerückt und gleichzeitig den eigenen Fokus erweitert. Denn: Das Thema Wohnen spielt in all seiner Komplexität eine basale Rolle im gesellschaftlichen Gesamtgefüge, was wiederum zahlreiche Folgefragen auf verschie-

densten Ebenen aufwirft. Mit einem multiperspektivischen Zugang zum Forschungsfeld eröffnen sich somit Möglichkeiten, inter- und transdisziplinär – also disziplinübergreifend und in enger Kollaboration mit Praxisakteuren – über eine gemeinwohlorientierte, klimagerechte, sozial verträgliche und nachhaltige Gestaltung des Zusammenlebens nachzudenken, wie sie zum Beispiel auch in der „Neuen Leipzig-Charta“ im Sinne vielfältiger Lebensbedingungen und Wohnbedürfnisse skizziert ist.

Um sich dieser thematischen Vielschichtigkeit weiter anzunähern, wurden im Cluster Wohnen die Forschungsperspektiven diversifiziert. Neben Fragen der praktischen und instrumentellen Ausgestaltung einer sozial ausgewogenen, ökonomisch tragfähigen, resilienten und nachhaltigen Wohnungsversorgung wurden vermehrt auch sozial- und raumwissenschaftliche Perspektiven einbezogen. Diese Sichtweisen ermöglichen es, multiple Ungleichheiten systematischer zu berücksichtigen, die sich auf die Wohnsituation auswirken können, wie etwa die Situation vulnerabler Gruppen wie Geflüchtete oder Menschen mit geringem Einkommen. Zudem betont die raumwissenschaftliche Perspektive die Bedeutung von Beziehungen und Interaktionen zwischen den Bewohnenden und ihrem unmittelbaren Wohnumfeld im Kontext der Stadtentwicklung, wie beispielsweise der Nachbarschaft und öffentlichen Räumen. Dadurch können auch die Auswirkungen der Wohnbedingungen auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die soziale Integration besser verstanden werden, wie es etwa im Diskurs um Umweltgerechtigkeit thematisiert wird.

Diese behutsame Erweiterung des Blickfelds trägt insgesamt zu einer umfassenderen und ganzheitlicheren Wohnforschung bei (analog etwa zu den etablierten angelsächsischen „housing studies“), die produktive Brücken zum entstehenden vhw-internen Referenzrahmen (Stichwort „Große Transformation“) und zu den Clustern „Lokale Demokratie“ und „Urbaner Wandel“ sowie zur Expertise des vhw in seinem Fortbildungsbereich schlagen kann. Sie ermöglicht dem vhw, den Wandel des Wohnens, der durch soziale, ökonomische, kulturelle und technologische Veränderungen entsteht, zu kontextualisieren, die Herausforderungen verschiedener, vielfältiger Bevölkerungsgruppen, die Handlungsoptionen von Akteuren (etwa im kommunalen Bereich) und entsprechende Instrumentarien stärker in den Fokus zu nehmen und den Wissenstransfer zielgenauer zu gestalten.

Zu diesem erweiterten Entwicklungspfad gehört neben dem Austausch mit kommunalen Akteurinnen und Akteuren auch die engere Zusammenarbeit mit Universitäten. Damit festigt die vhw Forschung insgesamt ihre Position als außeruniversitäre Wissensakteurin und Impulsgeberin einer anwendungsorientierten und praxisnahen Wohnforschung im deutschsprachigen Raum. Die vhw Forschung fungiert als einer von mehreren Kooperationspartnern für das Graduiertenkolleg „Gewohnter Wandel. Gesellschaftliche Transformation und räumliche Materialisierung des Wohnens“ der Goethe-Universität Frankfurt a. M. und der Bauhaus-Universität Weimar (Screenshot Nachricht Forschung auf der vhw-Website). Die Deutsche For-

schungsgemeinschaft (DFG) fördert das Projekt mit mehr als sieben Millionen Euro. Die Kooperation mit dem beiderseits formulierten Anspruch, als vhw verstärkt praxisorientierte Belange ins Kolleg einzubringen, ist im Forschungscluster „Wohnen in der Stadtentwicklung“ angedockt. Die Anbindung an das DFG-Graduiertenkolleg generiert Zugänge zu neuen Forschungspartnerschaften, gemeinsamen Publikationen und Kooperationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene.

2.3.1 WohnWissen: 100 Begriffe des Wohnens

Das kuratorisch angelegte Projekt „WohnWissen", das als Eigenprojekt der vhw Forschung firmiert, möchte Einblicke in die vielschichtigen Sichtweisen und Narrative der Wohnungs- und – damit zusammenhängend – der Bodenfrage ermöglichen. Es soll Auskunft darüber geben, inwieweit sich die gesellschaftlichen Verhältnisse, Lebensbedingungen und Wohnbedürfnisse in Deutschland weiter verändert haben, vielfältiger geworden sind und wie sich die Wohnungsmarktsituation für unterschiedliche Gruppen darstellt. Heute steht demnach nicht nur die Frage „Wer möchte wie wohnen?" im Mittelpunkt der Debatten, sondern auch die Frage „Wer kann unter welchen Bedingungen wohnen?". Ziel ist es, mit dem Projekt „WohnWissen" informative, multimediale und kollaborative Publikationsformate zu erstellen, um nach den aktuellen Bedingungen und Formationen des Wohnens zu fragen und lebensweltliche sowie praxisrelevante Herausforderungen lösungsorientiert mitzudenken und zu adressieren. Die Herausforderungen in der heutigen Zeit im Handlungsfeld Wohnen erfordern eine interdisziplinäre Herangehensweise, die politische, soziale, ökonomische, ökologische und architektonische Aspekte miteinander verknüpft. Denn die damit verbundenen komplexen Aushandlungsprozesse können nur erfolgreich über die Grenzen einzelner Fachbereiche hinweg angegangen werden.

Die Publikation „WohnWissen: 100 Begriffe des Wohnens" (Cover) bietet einen umfassenden Überblick über die vielfältigen Positionen und Perspektiven, auch über disziplinäre und fachspezifische Grenzen hinweg. Ziel ist es, die Komplexität des Wohnens und der damit verbundenen Debatten durch ein inter- und transdisziplinäres Glossar auszuleuchten. In kurzen, prägnanten Texten zahlreicher Expertinnen und Experten werden Schlüsselbegriffe rund um das Thema Wohnen erläutert. Ob Grundbegriffe wie Einfamilienhaus, Leerstand und Einsamkeit oder Fachtermini wie Innenentwicklungsdilemma und Neue Wohngemeinnützigkeit: Das interdisziplinäre Glossar adressiert Fachdiskurse, politische Debatten und unterschiedliche Wohnbedürfnisse und blickt dabei auch auf bisher wenig behandelte Themenfelder. So eröffnet WohnWissen einen multiperspektivischen Blick auf das Thema Wohnen als Grundbedürfnis.

Die Beiträge stammen aus verschiedenen Fachgebieten wie Stadtplanung, Wohnforschung, Regionalentwicklung, Rechtswissenschaft, Soziologie, Geographie, Anthropologie, Architektur, Kommunalpolitik, Wohnungswirtschaft und Aktivismus. Vor diesem Hintergrund zeichnet das Glossar das Bild einer differenzierten Diskurslandschaft, das auch Positionen beinhaltet, die oftmals nicht nebeneinander zwischen zwei Buchdeckeln zu finden sind. Insgesamt stellt die Publikation somit eine wertvolle Ressource für alle dar, die ein umfassendes Verständnis der Wohnungs- und Bodenfrage, wertvolle Einblicke in das Wohnen als grundlegendes menschliches Bedürfnis und die Vielfalt der Akteursperspektiven im deutschsprachigen Raum gewinnen möchten (vgl. Genz et al. 2024). Es verdeutlicht die Vielschichtigkeit wohnungspolitischer Debatten und fordert dazu auf, das Wissen aus verschiedenen Diskursen zu bündeln und einen gemeinsamen Dialog über weiterhin ungelöste Wohnungsfragen zu führen.

Das Buch erscheint im Juli 2024 im jovis Verlag und wird im Rahmen einer Veranstaltung präsentiert. Angaben zum Buch: Genz, Carolin; Schnur, Olaf; Aring, Jürgen (Hg.) (2024): WohnWissen: 100 Begriffe des Wohnens, jovis: Berlin.

2.3.2 Transformative Wohnformen: Projekte, Konzepte und Instrumente

Die Gestaltung des Wohnens gewinnt angesichts stetiger Transformations- und Urbanisierungsprozesse zunehmend an Dynamik und Relevanz, und die Wohnungsfrage gilt heute als eine der zentralen sozialen Herausforderungen. Insgesamt lässt sich die Entwicklung von vielschichtigen Wohnformen in Deutschland als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen und als Ausdruck eines Wandels im Denken und Handeln der Menschen verstehen. Daraus leitet sich die Frage ab, wie wir in Zukunft leben und wohnen wollen oder können. Damit ist auch die Frage verknüpft, nach welchen Parametern die Wohnraumversorgung ausgerichtet ist.

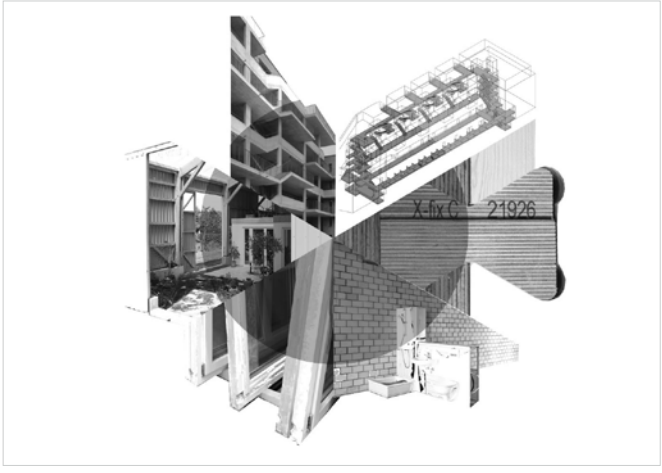


Bild „Transformative Wohnformen“ ©subsolar* architektur & stadtforschung, 2023

Vor diesem Hintergrund untersucht das Forschungsprojekt „Transformative Wohnformen“ Wohnkonzepte, die sich veränderten Lebensstilen und Wohnbedürfnissen anpassen. Ziel ist es, eine differenzierte und intersektionale Perspektive auf diese neuen Wohnformen zu entwickeln und eine Typologisierung zu erarbeiten, die Aspekte wie den aktuellen demografischen Wandel, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und die Veränderungen der Stadt-Land-Strukturen berücksichtigt. Empirische Fallstudien helfen dabei, die aktuellen Wohnbedarfe genauer zu bestimmen und mögliche Fördermaßnahmen zu evaluieren. Das Projekt soll praxisorientierte Ansätze zur Förderung innovativer Wohnkonzepte liefern, die nachhaltige, klimafreundliche sowie sozial- und gendergerechte Wohnmöglichkeiten bieten können. Wohnformen werden als spezifische soziale und räumliche Praxis des Zusammenlebens definiert, die Veränderungen bereits in sich tragen.

Ziel des laufenden Projekts ist es, die Spezifika „Transformativer Wohnformen“ auszuleuchten, Wissen über ihre Existenz und breitere Umsetzbarkeit zu sammeln und mit Blick auf momentan stattfindende Debatten aus dem deutschsprachigen Raum zu differenzieren. Die Analyse erstellt aus über 100 Projekten eine Typologie, die Stadt-Land-Veränderungen, Ziele und Wohnbedürfnisse berücksichtigt. Anhand von 12 ausgewählten Fallstudien wird anschaulich gemacht, wie diese Bedürfnisse durch Wohnformen gedeckt werden, wer die Akteure sind, welche Perspektiven fehlen und wo wohnungspolitische Maßnahmen ansetzen können. Mittels der noch ausstehenden Publikation und eines Workshops mit Expertinnen und Experten wird abschließend erörtert, inwiefern „neue/transformative Wohnformen“ Potenziale für nachhaltige sowie klima-, sozial und gendergerechte Wohnkonzepte auch in der Breite bieten und erste praxisorientierte Perspektiven auf die Ausgestaltung von Instrumenten geben können.

Das Forschungsprojekt „Transformative Wohnformen“ (Projektstart im Juli 2023 noch unter dem Arbeitstitel „Neue Wohnformen“) wird von „subsolar* architektur & stadtforschung“, Dr. Saskia Hebert (Inhaberin, Projektverantwortliche) und Sarah Bäcker (Projektmitarbeit, Recherche) bearbeitet. Studentische Hilfskräfte sind bzw. waren Muriel Stevens, Lina Lohmann

und Uma Grotrian-Steinweg. Beratend tätig ist Anke Strauß, Organisationswissenschaftlerin und Leiterin des Studiengangs Strategisches Nachhaltigkeitsmanagement an der HNE Eberswalde. Die Studienergebnisse werden in einer vhw-Schriftenreihe voraussichtlich im Herbst dieses Jahres erscheinen.

2.3.3 Suffizienz und Wohnflächenkonsum – Diskurse, Konzepte und Instrumente kritisch hinterfragt

Der Ansatz, Wohnungsmarktanspannungen mit einer gesteigerten Wohnungsneubauaktivität zu beseitigen, hat sich in den vergangenen Jahren zu einem weitverbreiteten wohnungspolitischen Konsens entwickelt. Beispielhaft hierfür ist das von der Bundesregierung angestrebte Wohnungsbauziel von 400.000 neuen Wohneinheiten pro Jahr. Auch die geplante Einführung des sogenannten „Bau-Turbo-Paragraphen" §246e BauGB ist Ausdruck der wohnungspolitischen Strategie, dem Neubau in der Stadtentwicklung weitgehend Vorrang einzuräumen.

Der Wohnungsneubau steht jedoch unter erheblichem Druck. Baulandknappheit und hohe Bodenpreise, massiv steigende Baukosten und Lieferengpässe, Fachkräftemangel sowie steigende Finanzierungskosten lassen die politisch gesetzten Wohnungsbauziele in weite Ferne rücken. Nicht zuletzt ist Neubau ressourcen-, flächen- und energieintensiv und steht damit im Widerspruch zu den Klima- und Nachhaltigkeitszielen der Bundesregierung.

Zur Lösung der Zielkonflikte, die sich im Spannungsfeld von bezahlbarem Wohnen und klimagerechter Stadtentwicklung ergeben, werden daher Forderungen nach einem sozial-ökologischen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik laut – ein Wechsel, der sich durch eine stärkere Berücksichtigung und Optimierung des (Wohnungs-)Bestandes sowie durch einen bedarfsgerechteren Umgang mit dem vorhandenen Wohnraum auszeichnet.

Vor diesem Hintergrund gewinnt Suffizienz als komplementäre Nachhaltigkeitsstrategie zu Effizienz und Konsistenz auch im Handlungsfeld Wohnen in wissenschaftlichen und fachöffentlichen Diskursen zunehmend an Bedeutung. Während Effizienzansätze auf die Optimierung des Verhältnisses von (Ressourcen-) Input und Output abzielen und Konsistenzansätze die Substitution fossiler durch erneuerbare Ressourcen anstreben, folgt Suffizienz dem Grundgedanken „nicht mehr als nötig" (AKBW 2022). Hierbei steht vor allem die Reduzierung des seit etlichen Jahren kontinuierlich steigenden durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnflächenverbrauchs im Mittelpunkt der Diskussionen. Aktuelle Studien zeigen, dass der Fokus auf Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nicht ausreicht, um die angestrebten Treibhausgasminderungsziele im Gebäudesektor zu erreichen. Vielmehr sind auch Ansätze zum flächensparenden Wohnen erforderlich, um Rebound-Effekte z. B. beim Energieverbrauch oder der Flächeninanspruchnahme zu vermeiden. Auch mit Blick auf die Wohnungsknappheit werden Potenziale von Suffizienzansätzen deutlich, da diese den Wohnungsneubaubedarf (rechnerisch) reduzieren können.

Die zunehmende Relevanz von Suffizienzansätzen zeigt sich auch in einer wachsenden Zahl von Positionierungen und Publikationen von Verbänden, Organisationen und Initiativen, in denen Wege zu einem flächen- und ressourcenschonenderen Wohnen und Bauen aufgezeigt werden. Auch in wissenschaftlichen Diskursen sowie in Veröffentlichungen öffentlicher Ämter und Institute wird dieses Handlungsfeld zunehmend adressiert und dabei u. a. auf die zentrale Bedeutung von Suffizienz im Kontext von Nachhaltigkeit verwiesen.

Dennoch spielt der nach wie vor steigende individuelle Wohnflächenkonsum sowohl in der politischen Diskussion als auch in der planerischen und baulichen

Umsetzung zumeist nur eine untergeordnete Rolle. Auch wenn in der Praxis vor allem auf kommunaler Ebene und bei Wohnungsunternehmen bereits verschiedene Suffizienzansätze zur Anwendung kommen, wie z. B. flexible Grundrisse sowohl in Bezug auf individuelle Lebensphasen als auch in Bezug auf Nutzungsarten, leichter teilbare Wohnungen, Wohnungstauschplattformen, gemeinschaftliche Wohnformen, Sharing-Ansätze, Clusterwohnungen mit höherem Anteil an Gemeinschaftsflächen etc., ist es bislang nicht gelungen, diese in größerem Umfang und damit flächen- und mengenwirksam zu etablieren. Herausforderungen in der praktischen Umsetzbarkeit, wie fest verankerte Wohnideale oder eine bestehende Skepsis gegenüber restriktiven Regulierungen, die in die individuelle Wohnentscheidung eingreifen, können hierfür ursächlich sein. Darüber hinaus ist zu hinterfragen, ob Instrumente mit (deutlich) stärkeren Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten in den individuellen Wohnflächenkonsum gesellschaftlich und damit politisch mehrheitsfähig sind.

Vor dem Hintergrund eines wachsenden Transformationsdrucks auf die (soziale) Wohnraumversorgung, der zahlreichen Gründe für eine steigende Wohnflächeninanspruchnahme sowie der vielfältigen und zum Teil konträren Positionen hat der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung das Deutsche Institut für Urbanistik (difu), frei04publizistik und Studio Rustemeyer mit der Durchführung des Forschungsprojekts „Suffizienz und Wohnflächenkonsum – Diskurse, Konzepte und Instrumente kritisch hinterfragt“ (Screenshot Nachricht Forschung auf der vhw-Website) beauftragt (Projektleitung: Ricarda Pätzold, difu). Ziel des Vorhabens ist es, anknüpfend an die aktuellen Debatten zur Wohnraumversorgung in angespannten Märkten und zur Nachhaltigkeitstransformation, einen systematischen und richtungsoffenen Überblick über die derzeitigen Ansätze der im Diskurs zur Wohnflächensuffizienz wahrzunehmenden Akteure zu erarbeiten. Darüber hinaus soll eine Reflexion und kritische Auseinandersetzung mit den Konzepten und Instrumenten erfolgen, die zur Reduzierung des Wohnflächenverbrauchs und zur Förderung einer bedarfsgerechten sowie sozial- und umweltverträglichen Wohnflächenversorgung dienen können. Abschließend soll ein Blick über die bundesdeutschen Grenzen die Perspektive noch einmal erweitern und mögliche weitere Ansätze zur Wohnflächensuffizienz aufzeigen. Das Forschungsvorhaben begann im Dezember 2023 und hat eine geplante Laufzeit bis März 2025.

Dezember 2023

Forschungsprojekt „Suffizienz und Wohnflächenkonsum“ ist gestartet

Das Anfang Dezember unter der Leitung von Fabian Rohland (vhw e. V.) gestartete Forschungsprojekt knüpft an aktuelle Debatten zur Wohnraumversorgung in angespannten Märkten und zur...

mehr

Literatur:

Architektenkammer Baden-Württemberg (2022): Suffizienz: Schlüssel zu mehr nachhaltigem Wohnraum. Stuttgart. https://www.akbw.de/themen/nachhaltigkeit-klima/suffizienz-schluessel-zu-mehr-nachhaltigem-wohnraum (Zugriff am 03.06.2024).

2.3.4 Einfamilienhaus: Quo vadis? – Voraussetzungen für eine flächensparende Nutzung von Einfamilienhausbeständen

Das Einfamilienhaus – wahlweise auch das Zweifamilienhaus – gehört zu den bedeutendsten Wohnformen in Deutschland. Laut statistischem Bundesamt fallen derzeit 83 Prozent aller Wohngebäude, 60 Prozent der Bestandswohnfläche und etwas weniger als die Hälfte aller Wohnungen in dieses Segment. Etwa ein Drittel aller deutschen Haushalte lebt im Einfamilienhaus (EFH) und ein Großteil derjenigen, die es nicht tun, würden es gerne – so wird es Jahr um Jahr in entsprechenden Umfragen bestätigt.

Zugleich wird jedoch immer deutlicher, dass das Einfamilienhaus problembehaftet ist. Insbesondere ökologische Argumente verfangen derzeit wohl am stärksten. Aber auch soziale sowie kommunal- bzw. siedlungspolitische Herausforderungen treten zunehmend hervor. Insbesondere der Flächen- und damit der Energie- und Ressourcenverbrauch bei Bau und Bewirtschaftung eines EFH ist pro Person ungleich höher als im Mehrfamilienhaus. Durch den im EFH-Segment besonders häufig auftretenden Remanenzeffekt – ein Verbleiben in einmal bezogenen Räumen – verstärkt sich dieser Umstand noch einmal deutlich: Wenn die Kinder ausziehen, bleiben Eltern oftmals auf den großen Wohnflächen zurück, sind mit steigendem Alter ggf. sogar mit der Haushaltsführung überfordert und mitunter einem höheren Einsamkeitsrisiko ausgesetzt.

Während also ein großer Teil der Bevölkerung nach wie vor das Bedürfnis artikuliert, im EFH zu leben, die Ausweisung neuer EFH-Gebiete bestehenden Klimaschutzzielen entgegensteht und sich zugleich die Hinweise verdichten, dass ein EFH für alternde Ein- oder Zweipersonenhaushalte nicht immer die ideale Wohnoption darstellt, richtet die öffentliche und fachliche Debatte den Blick immer stärker auf den EFH-Bestand: Es werden bereits Konzepte erarbeitet, die über verschiedene Varianten des Umbaus und der Reorganisation von EFH-Gebieten versprechen, die mehrdimensionalen Herausforderungen zu lösen. Geleitet vom Suffizienz-Prinzip geht es dabei stets darum, die Pro-Kopf-Wohnflächen im Bestand zu verringern und dabei gleichzeitig eine bessere Versorgung der Bestandshaushalte zu gewährleisten. Idealtypisch sind die Untervermietung nicht genutzter Räume, der Um- oder Anbau am Gebäude oder Grundstück, um eine geteilte Nutzung zu vereinfachen, oder bauliche Anpassungen auf Quartiersebene, die z. B. darin resultieren, dass ältere EFH-Bewohnende in gemeinschaftliche Wohnformen umziehen und ihre Häuser damit vollständig für nachrückende Familien oder andere Wohnkonstellationen freimachen.

Erste Umfragen zeigen bereits, dass einige – wenn natürlich auch nicht alle – EFH-Bestandshaushalte durchaus bereit oder sogar gewillt sind, ihre Wohnsituation flächensparend anzupassen (Brischke 2018). Der Blick in die Praxis zeigt jedoch: Die beschriebenen Konzepte sind weder als gängige noch als sich etablierende Praxis zu bezeichnen. Die Hemmnisse scheinen auf allen Ebenen zu groß. Auf Haushaltsebene fehlt es oftmals an Wissen, welche Veränderungen überhaupt möglich sind und wie diese zu organisieren wären – oder es fehlt schlicht am Geld, diese umzusetzen. Auf kommunaler bzw. Quartiersebene fehlen häufig alternative (gemeinschaftliche, generationenübergreifende) Wohnangebote, die als Alternative in Betracht kommen, aber auch an Beratungs- und Förderangeboten. Auf überregionaler und nationaler Ebene sprechen wiederum Rahmenbedingungen, wie eine auf Expansion ausgelegte Gemeindefinanzierung, viel eher für die Ausweisung neuer EFH-Gebiete als für eine suffiziente Bestandsentwicklung.

Was ist nun in dieser Gemengelage zu tun? Wie ist von den dargelegten Erkenntnissen zu einer tragfähigen Praxis zu kommen, die das EFH-Segment nachhaltig und im Sinne sich verändernder Wohnbedürfnisse entwickelt? Mit diesen Fragen beschäftigt sich das laufende Forschungsprojekt „EFH: Quo Vadis?" (Screenshot Nachricht Forschung auf der vhw-Website). Durchgeführt wird die Studie vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) unter der Leitung von Dr. Lars-Arvid Brischke. Das Projekt startete im Dezember 2023 und wird voraussichtlich im Juli 2025 mit einer vhw-Schriftenreihe abgeschlossen.

In sechs Beispielkommunen unterschiedlicher Größe und Bevölkerungsdynamik werden sowohl die Nachfrageseite (EFH-Bewohnende) als auch die Angebots- bzw. Steuerungsebene (insb. Kommunen, aber auch Wohnungswirtschaft, Projektentwicklung, Finanzierungsinstitute) befragt, welche Entwicklungspfade im EFH-Segment sie für umsetzbar halten und welche Maßnahmen zu deren Realisierung anzusetzen wären. Neben Einzelinterviews sollen vor allem Fokusgruppen mit Vertreterinnen und Vertretern aller Seiten dazu beitragen, Problemfelder akteursübergreifend verständlich zu machen und damit Konzepte zu identifizieren, die über alle beteiligten Ebenen hinweg tragbar erscheinen. Mögliche Zielkonflikte zu eruieren und zu diskutieren gehört selbstverständlich auch dazu.

Literatur:

Brischke, L.-A. (2018): Empty Nest. Bedarfsorientierte Anpassung der Wohnflächen. In: GEB, H. 10, S. 14-19.

Statistisches Bundesamt (2022): Bautätigkeit und Wohnungen. Bestand an Wohnungen. Fachserie 5, Reihe 3.

2.3.5 Wohn(un)sicherheit

Die Wohnungsfrage und das Problem steigender Miet-, Wohn- und Lebenshaltungskosten erleben Bewohnerinnen und Bewohner ganz subjektiv und persönlich als Unsicherheit. Diese Unsicherheit schwingt im Alltag oft mit, ist für viele aber schwer greifbar. Insbesondere die wiederholten, sich überschneidenden Krisenerfahrungen der vergangenen Jahre haben zu einer Veränderung des subjektiven Sicherheitsempfindens geführt. Die emotionale Ebene von Wohnerleben ist bisher wenig ausgeleuchtet. Aus Forschungssicht bedarf es daher empirischer und qualitativer Untersuchungen, wie sich Gefühle von Sicherheit und Unsicherheit in Bezug auf das Wohnen und Wohnerleben manifestieren, um die vielschichtigen Dimensionen von Wohnerfahrungen und -bedarfen zu verstehen und zu adressieren (Bild:© #12 San Francisco 2017_18, Living Room © Jana Sophia Nolle / VG Bild-Kunst, Bonn 2024).

Die Studie zielt darauf ab, die subjektiven Wahrnehmungen von Bewohnerinnen und Bewohnern in Bezug auf deren (Un)sicherheiten auf dem Wohnungsmarkt in Deutschland zu verstehen. Da das Wohnen im Allgemeinen eine elementare Sicherheit für Menschen darstellt, werden im Forschungsprojekt die Zusammenhänge zwischen dem subjektiven Wohnerleben und dem psychoanalytischen Konzept der ontologischen (Un)sicherheit untersucht. Das Forschungsprojekt fokussiert demnach auf die Frage, wie Menschen im Zuge steigender Komplexitäten das „Wohnen“ wahrnehmen und welche Verunsicherungen im Wohnalltag möglicherweise ausgelöst werden. Ontologische Unsicherheit in Bezug auf Wohnen beschreibt die grundlegende Unsicherheit, die Menschen hinsichtlich ihrer Wohnverhältnisse und ihres Wohnraums empfinden können. Ziel ist es, die verschiedenen Dimensionen von Wohnerfahrungen und -bedürfnissen besser zu verstehen. Außerdem werden qualitative und quantitative Daten für weitere wissenschaftliche Studien erhoben und Handlungsansätze für die kommunale und wohnungspolitische Praxis formuliert.

Das Forschungsprojekt „Wohn(un)sicherheit“ ist ein Eigenprojekt der vhw Forschung in Zusammenarbeit

mit Dr. Sophie Mélix (habitat unit/TU Berlin). In einem reflexiven Austausch mit dem Team der vhw Forschung wurden die methodologischen Zugänge in einer Fokusgruppensitzung Anfang Februar 2024 mit dem Ziel reflektiert, diese zukünftig weiter zu entwickeln. Erste Einblicke und Erkenntnisse aus diesem Projekt wurden zudem in der Forschungswerkstatt #9 des IfL (Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig) im März 2024 zum Thema „Methoden in der Forschung zu Emotionen" präsentiert.

2.3.6 Rurbanes Wohnen – Neues Wohnen zwischen Stadt und Land?

Urbane Verdichtungsräume verflechten sich zunehmend mit ihrem Umland und darüber hinaus mit ruralen Regionen. Warenströme und Verkehrswege verbinden Stadt und Land schon immer, doch entstehen durch veränderte Lebensstile, Arbeitswelten und Wohnpraktiken mittlerweile Raumstrukturen, die sich nicht mehr eindeutig mit den Kategorien des „Urbanen" oder „Ruralen" beschreiben (und analysieren) lassen. Sowohl für eine gelingende Planungspraxis als auch innerhalb der Sozial- und Raumwissenschaften wird daher gefordert, das dichotome Verständnis von Stadt und Land zu überwinden. Einerseits gelte es, die in dieser Dichotomie häufig angelegten analytischen und normativen Abwertungen ländlicher Regionen zu hinterfragen und die Relevanz dieser Räume für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und Transformationsaufgaben zu verdeutlichen. Andererseits sorgt die Kategorisierung des „Entweder urban oder rural" für blinde Flecken. Zahlreiche räumliche Strukturen und soziale Praktiken lassen Übergänge und Verschneidungen erkennen, die erst sicht-, erklär-, und untersuchbar werden, wenn die konzeptionelle Zweiteilung aufgehoben und ein neues Raumverständnis entworfen wird. Als Vorschlag für ein solches Raumverständnis wird der Begriff des Rurbanen verhandelt (vgl. Langner & Frölich-Kulik).

Während analytische und praktische Mehrwerte eines rurbanen Raumbegriffs bereits diskutiert werden, wird das Handlungsfeld Wohnen bislang nicht dezidiert mit dem Begriff des Rurbanen in Verbindung gebracht. Neue Wohnformen und -praktiken, die sich infolge zunehmender Stadt-Land-Verflechtungen etablieren, sind jedoch – so die Ausgangsthese dieser Arbeit – ebenso wenig allein mit den Kategorien des Urbanen oder des Ländlichen zu begreifen. Um sowohl den Diskurs um Rurbanität weiterzuentwickeln als auch die Bedeutung neuer Wohnformen zwischen Stadt und Land zu diskutieren, fragt das vorliegende Projekt daher, ob der Begriff des Rurbanen Wohnens konzeptionelle, analytische und letztlich praktische Mehrwerte auch für die Planungspraxis bieten kann.

Das Forschungs- und Planungsbüro „Rurbane Realitäten" unter der Leitung von Nelli Fritzler und Anna Holzinger ist in diesem Zusammenhang damit beauftragt, eine überblicksartige theoretisch-konzeptionelle Bearbeitung der folgenden Fragestellungen vorzunehmen:

- Welche Ansätze existieren zur Definition des Rurbanen? Inwiefern stellen diese eine zielführende Erweiterung bisheriger Raumverständnisse dar und wie verhält sich der Begriff zu bestehenden hybriden Raumkonzeptionen (z. B. Zwischenstadt oder Suburbia)?
- Wie wäre der Begriff des rurbanen Wohnens zu definieren? Wodurch zeichnet sich rurbanes Wohnen aus und inwiefern hebt es sich von anderen Wohnformen ab? Anhand welcher Indikatoren ließen sich rurbane Wohnformen identifizieren und untersuchen?
- Welche deskriptiven und analytischen Mehrwerte kann der Begriff des Rurbanen Wohnen für die wissenschaftliche Debatte und die Planungspraxis liefern?

Ziel des Projekts ist damit einerseits, den bestehenden Diskurs um das Konzept der Rurbanität aufzuarbei-

ten, zusammenzufassen und zu diskutieren, welche konzeptionellen und praktischen Mehrwerte diese hybride Raumkategorie verspricht. Andererseits soll die Debatte erweitert werden, indem der Begriff des Rurbanen Wohnens eingeführt und ebenfalls auf seine konzeptionellen Mehrwerte geprüft wird. Dabei soll nach Möglichkeit bereits mitgedacht werden, welche Implikationen sich daraus für die kommunale und lokale Praxis ergeben können. Dieses explorative, kleinere Projekt startete im zweiten Quartal 2024 und wird im Frühjahr 2025 voraussichtlich mit einer vhw werkSTADT und einem Experten-Workshop abgeschlossen.

Literatur:

Langner & Frölich-Kulik (2018): Rurbane Landschaften. Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt. Transcript, Bielefeld.

2.3.7 Klimagerechtes Bauen im EFH-Sektor

Die große Belastung des globalen Klimas durch den Bausektor ist seit vielen Jahren bekannt. Dennoch werden Neubauten nach wie vor zu großen Teilen mit den gleichen Materialien und Verfahren errichtet wie vor zehn oder zwanzig Jahren. Dabei gilt insbesondere die Verwendung von Beton als besonders klimaschädlich, da bereits bei der Herstellung und dem Abbau der Bestandteile viel Energie verbraucht und CO_2 freigesetzt wird.

Das Gebäudeenergiegesetz gibt als eine Richtlinie zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele des Bundes lediglich vor, wie hoch der Energieverbrauch im Gebäudebetrieb ausfallen darf. Eine Vorgabe zur Regulierung der grauen Energie bei der Errichtung von Gebäuden existiert nicht. Dabei ist der Energieaufwand von der Rohstoffförderung bis hin zum Einbau der Fertigteile heute häufig genauso hoch wie vor 50 Jahren.

Eine besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich Energieeffizienz und Rohstoffverbrauch nehmen Einfamilienhäuser ein, die in Relation zur geschaffenen Wohnfläche überdurchschnittlich material- und energieintensiv sind. Aufgrund der anhaltenden hohen Beliebtheit dieses Gebäudesegments werden sie jedoch auch zukünftig eine wichtige Rolle in der Wohnraumversorgung spielen.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel dieses Eigenprojekts, unter anderem anhand von quantitativen Daten die aktuelle Situation des Baugeschehens im Einfamilienhaus-Segment zu skizzieren und daraus ggf. Schlussfolgerungen für die zukünftige Entwicklung eines nachhaltigeren, ressourcenschonenderen und klimagerechteren Bauens abzuleiten. Ergebnisse des Forschungsvorhabens werden für das dritte Quartal 2024 erwartet.

2.3.8 Trendbefragung: Themenfeld Wohnen

Im Auftrag des vhw hat das Sinus-Institut unter der Leitung von Dr. Silke Borgstedt im Herbst 2022 bereits zum siebten Mal die vhw-Sinus-Trendstudie durchgeführt. Dabei wurden gut 2.000 Personen zu einem breiten Themenspektrum rund um das Wohnen und Zusammenleben in deutschen Städten und Gemeinden befragt. Die Befragung basiert auf dem Sinus-Milieu-Modell, das Menschen nicht ausschließlich nach sozioökonomischen und soziodemografischen Merkmalen differenziert bzw. gruppiert, sondern auch Grundeinstellungen und Wertorientierungen miteinbezieht (vgl. vhw 2023). Der Befragungszeitraum lag etwa ein halbes Jahr nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine und gegen Ende der Corona-Pandemie – beides Ereignisse, die das gesellschaftliche Leben (nicht nur) in Deutschland direkt und indirekt massiv beeinflusst haben und immer noch beeinflussen.

In diesem Projektvorhaben werden die Ergebnisse der vhw-Trendstudie im Hinblick auf das Handlungsfeld Wohnen vertiefend betrachtet und ausgearbeitet. Es bietet dabei nicht nur einen differenzierten Einblick in

die Wohnsituation der Befragten, wie beispielsweise zum Wohnen zur Miete oder im Eigentum, zum Wohnflächenverbrauch oder zur Wohnkostenbelastung. Befragt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenso zu den Absichten beim Erwerb von Wohneigentum, zu verschiedenen Aspekten des Wohnens und des Wohnumfeldes, deren Entwicklung mit Blick auf die Zukunft Sorgen bereiten oder zur Relevanz verschiedener Kriterien, die einen (hypothetischen) Umzug in eine neue Wohnung bzw. in ein neues Wohnumfeld beeinflussen. Dabei wird deutlich, dass die aktuellen massiven gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen – von Krieg, Flucht und Migration über wirtschaftliche Stagnation, Inflation und soziale Ungleichheit bis hin zur Bewältigung des Klimawandels – auch in den Einstellungen und Handlungsmöglichkeiten von Mieterinnen und Mietern sowie Wohnungseigentümerinnen und -eigentümern in unterschiedlichen Milieus ihre spezifischen Spuren hinterlassen. Dies betrifft nicht nur die Wohnkostenbelastung, die zunehmend auch für Haushalte aus der bürgerlichen Mitte zum Problem wird. Auch bei den Möglichkeiten des Immobilienerwerbs oder der Bewertung möglicher Umzugskriterien zeigen sich Einflüsse aktueller Krisen und gesellschaftlicher Trends.

Die Ergebnisse der Auswertung werden für den Sommer 2024 erwartet und als vhw werkSTADT veröffentlicht.

2.3.9 Fachtagung „Zukunft und Resilienz von (Groß-)Siedlungen“

Im August 2023 lud der vhw gemeinsam mit der „Wohnraumversorgung Berlin – Anstalt öffentlichen Rechts“ und in enger Zusammenarbeit mit dem Cluster „Lokale Demokratie“ zur Fachtagung „Resilienz und Zukunft von (Groß-)Siedlungen“ nach Berlin. Im Mittelpunkt der zweitägigen Veranstaltung standen die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen von Großsiedlungen und ihre Rolle in der Wohnraumversorgung, insbesondere in deutschen Großstädten. Unter dem Motto „Perspektivenvielfalt“ richtete sich die Tagung an Praktikerinnen und Praktiker sowie Forschende, die sich mit der Situation und der Zukunft von (Groß-)Siedlungen beschäftigen (Foto © vhw).

Wenn man über nachbarschaftliches Zusammenleben in Großsiedlungen mit einer heterogenen Bewohnerschaft spricht, lässt sich eine mitunter große Diskrepanz zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und dem praktischen Handeln vor Ort feststellen. Ziel der Tagung war es daher, aktuelle empirische Forschung zu den Themen sozialer Mischung und des sozialen Zusammenhalts sowie zu den Nachbarschaftseffekten im Kontext von Großsiedlungen mit der Erfahrung der Wohnungsunternehmen und Kommunen zusammenzubringen. Die Tagung griff verschiedene Perspektiven auf, erläuterte unterschiedliche wissenschaftliche Konzepte und ermöglichte einen sachlichen Austausch. Gleichzeitig konnte die Praxis vertiefende Einblicke in Quartiere geben, erfolgreiche Praxisbeispiele vorstellen und neue Forschungsfragen anregen. Die Diskussionen über Berliner Großsiedlungen wurde dabei auch durch Erfahrungen aus anderen Kommunen bereichert. Mit der Veranstaltung

wurde das Ziel verfolgt, Verständnis für unterschiedliche Sichtweisen auf Großsiedlungen der verschiedenen Akteure zu schaffen. Sowohl die meist von der Wohnungswirtschaft eingenommene soziodemografische und -ökonomische Perspektive als auch die sozial handlungsorientierte Perspektive der Akteure, die die Quartiere vor Ort betreuen, standen im Fokus der Tagung.

Die Fachtagung wurde in einer umfassenden Tagungsdokumentation (Cover) aufgearbeitet (verfügbar auf *www.vhw.de*).

2.3.10 Wohnungsunternehmen als Bildungsakteure

Die Studie betrachtet in einer intensiven Auseinandersetzung mit vier Fallbeispielen die Rolle von Wohnungsunternehmen im Zusammenhang mit Bildungslandschaften – und leistet damit Pionierarbeit. Bislang ist diese Perspektive von Quartiersentwicklungen von und mit Wohnungsunternehmen kaum wissenschaftlich untersucht. Die Studie wurde seitens des Berliner Instituts Welt:Stadt:Quartier unter Leitung von Peter Bleckmann durchgeführt und entstand in Kooperation der vhw Forschung mit der GEWOBA Aktiengesellschaft Bauen und Wohnen aus Bremen, vertreten durch Jörn Ehmke. Es war das gemeinsame Anliegen, wohnungswirtschaftliches Engagement im lokalen Bildungsbereich sichtbar zu machen und zu verdeutlichen, wie auf diese Weise Mehrwerte für die Stadtgesellschaft und für entsprechend engagierte Wohnungsunternehmen selbst geschaffen werden können.

Wohnungsunternehmen als Bildungsakteure: Diese Verbindung erklärt sich nicht von selbst. Die Studie analysiert zentrale Momente, die über allgemeine wirtschaftliche Gründe wie Imagegewinne oder die Akquise potenzieller Fördermittgel hinausgehen. Diese sind:

1. Die Relevanz von Bildungsengagement in Quartieren mit sozialen Problemlagen als Hebel für positive Veränderungen.
2. Die Funktion als bestandsorientierte Strategie zur Aufwertung von Quartieren, bei der diejenigen im Fokus stehen, die bereits im Quartier leben.
3. Die stabilisierenden und präventiven sozialen Wirkungen besserer Bildung vor Ort.
4. Die Wirkungen von non-formalen und informellen Lern- und Begegnungsorten als außen- und innenwirksame positive Identifikationspunkte und als Begegnungsorte zur Stärkung der Qualität des Zusammenlebens im Quartier.

Die Studie zeigt, dass in Kooperation von Wohnungsunternehmen mit Bildungsakteuren neue Wege und Strukturen geschaffen werden können, die sich dynamisch weiterentwickeln und einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in den Quartieren leisten. Die Ergebnisse des Projekts stehen als Schriftenreihe Nr. 42 (Screenshot Cover) zur Verfügung.

Literatur:

vhw (Hg.) (2023): Gesellschaftliche Trends im urbanen Wandel. Wohnen, Zusammenleben und Partizipation in den Sinus-Milieus. vhw-Schriftenreihe Nr. 44. Berlin.

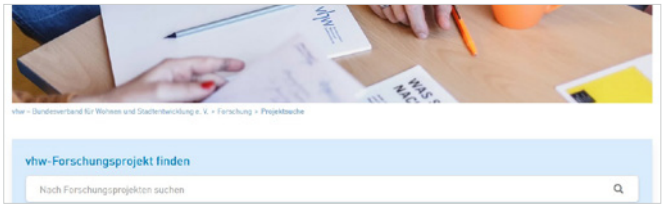
Abgeschlossene und laufende Projekte aus dem Cluster „Wohnen in der Stadtentwicklung“ im Berichtszeitraum

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt-Nr.
Rurbanes Wohnen – Neues Wohnen zwischen Stadt und Land?	Jun 24	Mai 25	D. Barahona	24011
Gender Planning: Wege zur gendergerechten Stadt	Mrz 24	Nov 24	C. Genz	24010
Klimagerechtes Bauen im EFH-Sektor	Jan 24	Sep 24	R. Kretschmann	20019
Einfamilienhaus: Quo vadis? – Voraussetzungen für eine flächensparende Nutzung von Einfamilienhausbeständen	Dez 23	Aug 25	D. Barahona	23026
Wohn(un)sicherheit	Sep 23	Dez 24	C. Genz	23011
Trendbefragung: Themenfeld Wohnen	Apr 23	Jul 24	F. Rohland	23012
Suffizienz und Wohnflächenkonsum – Diskurse, Konzepte und Instrumente kritisch hinterfragt	Mai 23	Apr 25	F. Rohland	23019
WohnWissen: 100 Begriffe des Wohnens	Jan 23	Sep 24	C. Genz	23010
Transformative Wohnformen: Projekte, Konzepte und Instrumente	Jan 23	Sep 24	C. Genz	23006
WohnWissen: Multimedia Lern- und Wissensplattform	Jan 23	Dez 24	C. Genz	23004
Nachhaltige Quartiersentwicklung als Handlungsfeld privatwirtschaftlicher Wohnungsunternehmen	Aug 22	Feb 26	F. Rohland	22006
Fachtagung „Zukunft und Resilienz von (Groß-)Siedlungen“	Nov 22	Mrz 24	T. Kuder	22009
Grenzen der Innenentwicklung	Jun 21	Jul 24	F. Rohland	21012
Wohnungsunternehmen als Bildungsakteure	Jul 19	Dez 23	S. Jähn	19009

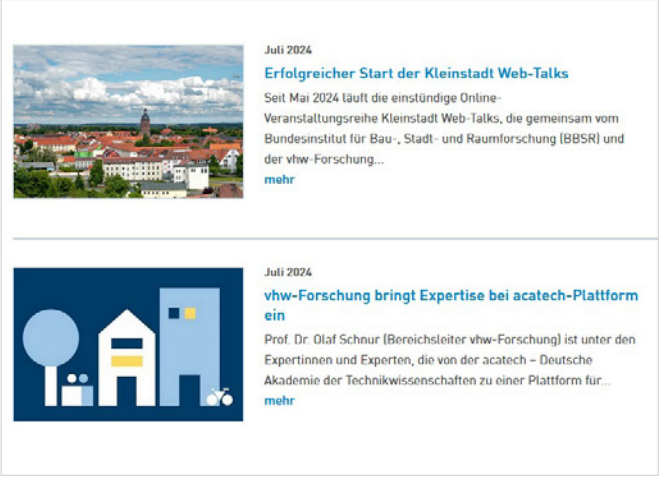
2.4 Wissenschaftskommunikation

Der Schwerpunkt des Berichtszeitraums lag weiterhin auf der Konsolidierung bestehender Transferangebote sowie auf der weiteren Diversifizierung und Professionalisierung der vhw Forschungs-Kommunikationskanäle. Aufbauend auf einer Analyse wurde die Social-Media-Präsenz der vhw Forschung ausgeweitet und der Instagram-Kanal der Forschung ist an den Start gegangen. Zudem wurde an der Konzeption eines Podcast gearbeitet, der im Laufe des Kalenderjahres gelauncht wird. Insgesamt sind die Entwicklungen weiter positiv. Zugriffszahlen auf die Webseite, Downloadzahlen auf vhw.de und auf den Websites externer Anbieter sowie der Traffic in Social Media Communities haben sich gut entwickelt.

Der Forschungsbereich der Webseite wurde regelmäßig mit Nachrichten zu Projekten, Publikationen und Veranstaltungen bestückt und die Gestaltung der Seiten wurde teilweise angepasst. Insbesondere die Startseite *vhw.de/forschung/* erfreut sich eines neuen, klareren Looks. Um die Webseite und weitere Werbematerialien auch visuell aktualisieren zu können, fand ein Foto-Shooting mit einer Fotografin statt. Die Zugriffszahlen auf der Forschungswebseite haben sich im Berichtszeitraum weiterhin positiv entwickelt. Um die Forschungsprojekte besser abbilden zu können und um deren Auffindbarkeit zu erleichtern, wurde eine Projektsuche (Screenshot vhw-Website) integriert.

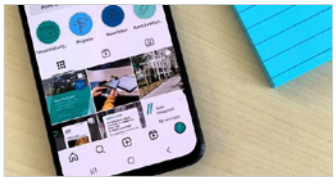


Im Berichtszeitraum wurden fast 80 Nachrichten (Screenshot Nachrichten Forschung auf der vhw-Website) verfasst (plus 20 zum vorherigen Berichtszeitraum).



Neue Projekte wurden auf Projektsteckbriefen vorgestellt und die bereits angelegten Projektblogs wurden ständig aktualisiert. Die Seiten haben sich als Anlaufstelle für Neuigkeiten rund um die Forschungsprojekte etabliert.

Über den Newsletter der vhw Forschung erreichen wir inzwischen fast 700 Personen regelmäßig, die sechs versendeten Ausgaben im Berichtszeitraum wurden mit Interesse gelesen und versorgten die Abonnentinnen und Abonnenten mit Neuigkeiten zu Projekten, Publikationen und Veranstaltungen der vhw Forschung (Foto © Carolin-Weinkopf).



Die Social-Media-Kommunikation haben wir ausgeweitet, neben unserem Twitter- bzw. X-Kanal *@vhw_Forschung* sind wir nun auch mit einem Account bei Instagram *@_vhwforschung* und versorgen dort unsere wachsende Community mit Informationen rund um Projekte, Publikationen und Veranstaltungen der vhw Forschung (Foto © vhw).

Im Bereich Publikationen haben wir weiterhin auf Standardisierung und Professionalisierung gesetzt. An die bereits früher mit externer Unterstützung durchgeführte Schreibwerkstatt konnten wir anknüpfen und interne Textateliers durchführen, um Qualitätsstandards für wissenschaftliche Texte zu besprechen und zu etablieren. Ergebnis dieses Prozesses ist u. a. ein detaillierter Leitfaden (Cover), der die internen Qualitätsstandards definiert und externen Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer als Leitlinie dienen soll.

In der vhw-Schriftenreihe sind seit Juli 2023 neun Ausgaben erschienen, hinzu kommen noch vier Ausgaben der vhw werkSTADT sowie zahlreiche externe Publikationen (siehe auch Kapitel 4.2.2 bis 4.3).

Mitteilungen zu Forschungsergebnissen, Fachtagungen und Ausschreibungen haben wir in zehn Presseinformationen an Interessierte und akkreditierte Journalistinnen und Journalisten verschickt, dabei war der Informationsdienst Wissenschaft (idw) der zentrale Verbreitungsweg. Die Anzahl der Zugriffe auf die Meldungen beim idw ist im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum gestiegen. Neben den veröffentlichten Pressemitteilungen sind auch die erschienenen Presseberichte unter *vhw.de/presse* abrufbar. Um mit der steigenden Anzahl an Presseanfragen gut umgehen zu können, wurden interne Interviewtrainings angeboten.

Um bei eigenen Veranstaltungen und bei Kooperationspartnern einen gelungenen, zeitgemäßen Auftritt sicherzustellen, hat die vhw Forschung einige Werbematerialien entwickelt. Neben den bereits bewährten

Postkarten wurden Stoffbeutel (Foto), aktualisierte Roll-Up-Aufsteller und Sitzwürfel (Titelseite des Tätigkeitsberichts) produziert.

Einige Zahlen zur Wissenschaftskommunikation Juli 2023 – Juni 2024

- Anzahl der Follower auf X: ca. 1.200
- Anzahl der Follower auf Instagram (Start Juni 2024): ca. 200
- Anzahl der Abonnenten des Newsletter Forschung: ca. 700 (plus 100 im Vergleich zum Vorjahr)
- 10 Pressemitteilungen über den idw versendet, rund 10.300 Aufrufe der Meldungen
- Fast 80 Nachrichten auf der Webseite veröffentlicht (plus 20 im Vergleich zum Vorjahr)
- Downloads der bei Econstor (Publikationsserver des ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft) hinterlegten Schriftenreihen (Nr. 18 – 47): ca. 1.800
- Downloads von Forschungspublikationen auf der vhw Webseite (in den Bereichen Forschung, Publikationen und Nachrichten): ca. 2.700